

# Volkstimme

Verlagsstelle: Danzig, am Spandauer 6. Fernsprechamt der Geschäftsleitung 287 09. Schriftleitung 215 00. Preis pro Monat 6.— G. monatlich 0.75 G. in Deutschland 2.00 Goldmark; durch die Post 2.— G. monatlich für Sommermonate 6.— Monats. Anzeigen: 1 mm 0.18 G. in Deutschland 0.16 u. 0.20 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenanträge in Polen nach dem Danz. Taxendruck

27. Jahrgang Freitag, den 7. Februar 1936 Nr. 32

**Machtprobe im Korridor?**  
**Der Beginn der Verkehrssperre**  
**Volkstagsanfrage über den**  
**Schwerer Überfall auf SPD.-Funktionär**  
**Brandtragödie im Werder eine**  
**Verbrechertat**

## Der Beginn der Verkehrssperre — Ein historisches Datum

# Machtprobe im Korridor?

E. Warschau, den 6. Februar.

Die seit einiger Zeit angekündigte Sperre eines großen Teiles der bevorzugten Zugverbindungen zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich, die zunächst als Drohung aufgefaßt wurde, ist endgültig verfügt. Der 7. Februar 1936 wird damit zu einem historischen Datum nicht nur in den deutsch-polnischen Beziehungen, sondern vor allem auch in der grundsätzlichen Stellung der deutschen Ostgebiete innerhalb des Reiches. Vor dieser letzteren Bedeutung tritt die praktische Wirkung auf den Personen- und Güterverkehr durchaus zurück, wenn auch diese Seite der polnischen Sperremassnahmen nicht unterschätzt werden darf. Ein vollwertiger Ersatz ist die dreimal wöchentliche Schiffsverbindung von Swinemünde wirklich nicht. Natürlich wird man von beiden Seiten, der polnischen wie der deutschen Regierung, bestrebt sein, einen Mittelweg zu finden. Aber Polens Rechtslage ist so stark, daß ein Entgegenkommen nicht allzu billig zu haben sein wird. Die jetzt durchgeführten Maßnahmen haben sich auf die Bestimmungen des Pariser Abkommens über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland vom 21. April 1921. Wie gefährdet die bevorzugte Eisenbahnverbindung nach Ostpreußen auch politisch ist, zeigt die Bestimmung dieses Vertrages, daß im Falle irgendeines Krieges in Europa — auch wenn Polen oder Deutschland daran nicht beteiligt sind — der Durchgangsverkehr erheblich einzuschränken ist.

in Europa noch andere Interessenten gibt, die bereit sind, an der industriellen Aufschließung Polens mitzuwirken.

Wirklich, die deutsche Handelspolitik gegenüber Polen hat sehr erlähmt. Sie ist aber nicht nur eine außenpolitische Angelegenheit zwischen Berlin und Warschau, sondern gleichzeitig eine innenpolitische Angelegenheit der deutschen Ostgebiete. Für die Ostprovinzen konnte die deutsch-polnische Annäherung ein doppeltes Gesicht haben: sie konnte, bei aktiver Gestaltung vom Reich her, ihnen große Wirkungsaufgaben stellen, in die sie eine alte alte Tradition enger Zusammenarbeit mit heute polnischen Gebieten einzusehen hatten. In der Bereich einer so gestärkten ökonomischen Wirtschaftspolitik hätte allerdings auch ein Aufbruch hineingehört. Doch dieser Weg ist nicht begangen worden. Dadurch hat sich für die preussischen Ostprovinzen, in erster Linie jedoch für Ostpreußen, allmählich eine gefährliche Situation ergeben. Die politische Aktivität gegen Polen, die dort ja immer einen Hauptmittelpunkt hatte, mußte auf Grund der Verständigung eingestellt werden, ohne daß die wirtschaftlichen Grenzen der Provinz nach außen geöffnet wurden. Die erwartete Umlenkung der Umlenkung auf eine friedliche Offensive blieb aus, so daß die wirtschaftliche Aufklärung, die der Ostpreußenplan doch bedeutete, schließlich in der Luft hing. Wenn auch die verhältnismäßig kurze Zeit seit der Wiederherstellung normaler deutsch-polnischer Beziehungen noch kein ganz abgeschlossenes Urteil erlaubt, so läßt sich doch soviel heute sagen, daß die wirtschaftliche Ostarbeit, seit noch eine neue Aktivierung der wirtschaftlichen Ostarbeit zu erleben, fast gleich null ist. Durch die deutsche Presse ging kürzlich die Meldung, daß Ostpreußen in diesem Jahre einen empfindlichen Löhnermangel entgegensteht und das trotz aller Ostwerbung und angeblicher Befestigung der „Landflucht“. Ja, mit Worten ist eben kein Ersatz zu schaffen für wirkliches Wachstum. Wenn nicht ein echtes Kraftgefühl, besonders auch in der Wirtschaft, eintritt, muß ein solcher Außenposten wie Ostpreußen das innere Gleichgewicht und jede natürliche Anziehungskraft verlieren. Im gleichen Sinne werden die übrigen Ostgebiete, Pommern, Grenzmark, Schlesien, ja Brandenburg, von der Kurzänderung der deutschen Ostpolitik betroffen. Die Propaganda für den deutschen Osten, der der politische Aktivismus genommen und ein wirtschaftlicher nicht gegeben ist, gewinnt daher immer mehr den Charakter eines Rückzugsgelächtes. Mit der Gewalt eines Naturgesetzes aus sich unter diesen Umständen in den betroffenen Gebieten ein Gefühl wachsender Gleichgültigkeit gegen das Dritte Reich ausbreiten, das ihnen keine Kampfaufgaben, sei es auch im aufstrebenden Sinne wirtschaftlicher Betätigung, zu geben vermag. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Opposition so trostlos Leute, wie sie da oben wachsen, für keine deutsche Regierung eine einfache Sache ist.

Angeht die zweifelsfreie juristische Berechtigung Polens zu den Sperremassnahmen und der, wie anerkannt werden muß, erheblichen wirtschaftlichen Bedeutung der von deutscher Seite geschuldeten Verträge wäre es falsch, in diesen Maßnahmen einen politischen Vorstoß zu sehen. Die unangenehme Ueberraschung für viele deutsche Beobachter der polnischen Politik beruht nur auf den falschen Voraussetzungen, mit denen sie an die polnisch-deutschen Beziehungen herangehen. Für den, der an eine geschäftsbestimmte herzliche Zuneigung der polnischen Regierung zum Deutschen Reich, etwa zum Nationalsozialismus, ja vielleicht an eine Abhängigkeit Warschaws von Berlin dachte — so etwas träumt sich, in manchen Köpfen, recht nett — für den ist der 7. Februar wahrscheinlich der Tag der großen Enttäuschung. Dann gewinne auch die Verkehrssperre zu der wirtschaftlichen Begründung die Wahrscheinlichkeit tieferer politischer Rücksicht. Anders für den, der in der deutsch-polnischen Verständigung immer nur die Erfüllung eines selbstverständlichen polnischen Wunsch nach größerer Sicherung seiner deutschen Grenze gesehen hat, begründet durch die vom Nationalsozialismus verursachte außenpolitische Isolierung Deutschlands, gerade im Osten. So gehen, behält der deutsch-polnische Ausgleich immer noch den Sinn einer wirklichen Friedensstat in Europa, verliert allerdings den allzu bereitwillig vertlenen Schimmer eines „großen Erfolges“ der Berliner Politik. Rein, die deutsch-polnische Verständigung, deren rechtlicher Ausdruck, das Abkommen vom 26. Januar 1921, vor kurzem dem zweiten Jahrestag erhebt hat, bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Normalisierung eines in fünfzehn Nachkriegsjahren reichlich vergifteten nachbarlichen Verhältnisses, die Herstellung der sonst überall selbstverständlichen Grundlagen zu einer weiteren Entwicklung der Beziehungen in irgendeinem positiven Sinne. Den wichtigsten Versuch, auf diesen Grundlagen etwas aufzubauen, stellt der Wirtschaftsvertrag dar, der sich aber in den wenigen Monaten seines Bestehens nicht sehr bewährt hat. Es hat sich gezeigt, daß, von allen Einzelheiten abgesehen, in der ganzen Rechnung ein Ansehlicher stehen muß, der trotz aller Bemühungen durch keine Ausbesserungen in der Ausführung nicht leicht beseitigt werden kann: die landwirtschaftliche Ausfuhr Polens nach Deutschland nimmt den ersten, ja fast den einzig sicheren Platz in dem gegenständlichen Handelsbilanz ein und bewirkt eine wachsende Verschuldung des Reiches an Polen, während doch angesichts des Kapitalmangels in dem „unter-industrialisierten“ Polen umgekehrt die deutsche Industrie der Kreditgeber hätte sein müssen, wenn erwünscht an den Aufbau einer natürlichen Zusammenarbeit gedacht war. Auf dem Hintergrund dieser verfehlten handelspolitischen Entwicklung der letzten Monate muß zweifellos auch das Vergehen Polens in der Eisenbahnfrage verstanden werden. Hätte der deutsch-polnische Wirtschaftsvertrag das gehalten, was er zu verprechen schien — die Einleitung einer handelspolitischen Aktivität Deutschlands nach Osten — so wäre ja die Lage für die beratend-wirtschaftlichen polnischen Stellen eine ganz andere. Es bestände die Aussicht, von einem guten Kunden dann auch die Fahrpläne, die er an anderer Stelle schuldet, bereitwillig zu empfangen. Statt dessen hat sich die Handelsbilanz unter dem neuen Verträge ständig zu Gunsten Polens, die Zahlungsbilanz dafür sehr zu seinen Ungunsten weiter entwickelt. Polen kann kein Interesse daran haben, diesem Kunden, der viel, noch dazu reine Verbrauchsgüter kauft, aber mit der Bezahlung im Rückstand bleibt, seine Eisenbahnschulden bis ins Unerbliche zu füttern. Summa est

sozialistischer Methode in der Außenpolitik erkennen ließ. Sie werden in der teilweisen Verkehrssperre, die den polnischen Korridor plötzlich von neuem sperrbar macht, nicht einen Angriff Polens, sondern einen Versuch des Reiches erblicken. In Polen wird diese Entwicklung selbstverständlich mit sehr großer Interesse beobachtet, weil die Einstellung der ostdeutschen Bevölkerung für die polnische Politik niemals gleichgültig ist. Für die Beurteilung, die die Sperremassnahmen in Danzig finden, wird es nicht unwichtig sein, zu wissen, daß in hiesigen politischen Kreisen eine erhebliche Anzahl von Menschen nicht befürchtet, daß in den polnischen Maßnahmen eine Wendung gegen das Deutsche Reich erblickt werden könnte. Viel eher, so meint man, wird die feste Haltung Polens die nüchternere Beurteilung der Aussichten Danzigs weiter fördern, die besonders in den Wirtschaftskreisen der freien Stadt schon länger, mindestens seit dem mihäggelsten sozialistischen Unternehmen im August 1935, die Oberhand zu gewinnen scheint. Man hofft also durchaus darauf, wenigstens in Kreisen, die den Wert eines gesunden Danziger Wirtschaftskörpers zu schätzen wissen, daß die Betonung der polnischen Selbstständigkeit in seiner eigenen Interessensphäre gütig wirken wird, unabhängig davon, wie lange und in welchem Umfange die Sperremassnahmen selbst aufrechterhalten werden.

In der Tat wird ja damit zu rechnen sein, daß in Danzig klare Folgerungen aus diesem 7. Februar gezogen werden. Man erinnert sich, daß das Abkommen Deutschlands vom Völkerbunde entscheidenden Einfluß auf die Zustimmung Danzigs zum Hafenabkommen vom Jahre 1933 hatte. Einen Monat später trat damals das Reich aus dem Völkerbunde aus, so daß Danzig seinen Vorkämpfer gleichen Nationalität mehr dort hatte. Dieser 7. Februar offenbart, daß das Deutsche Reich nicht die Absicht hat, die Rechte Polens aus dem bestehenden Zustand — dem „status quo“ — im geringsten zu beirren. Es steht nunmehr fest, daß jedes Anstreben von diesem status quo durch einen schwachen Außenposten wie Danzig schwerste Schädigung der deutschen Interessen dieses nationalpolitische polnische Kreise rechnen darauf, daß die Zeichen der Zeit in Danzig falsch gedeutet würden. Sie sind der irriren Meinung, daß ein durch ausländisches Rückwärtssehen geschwächtes Danzig für Polen angenehmer wäre. Die maßgebenden Kreise hier teilen diese oberflächliche Ansicht nicht, sondern sind der Meinung, daß Danzig für Polen um so wertvoller in der Zusammenarbeit ist, je mehr die nüchternere Sachlichkeit und wirtschaftliche Vernunft sich dort durchsetzt. Gerade um der Notwendigkeit willen, die Basis einer verständnisvollen, allerdings gleichberechtigten Zusammenarbeit mit Deutschland, dem großen Nachbarn im Westen, nicht zu verlieren, würde hier nichts lieber gesehen werden, als wenn Danzig seine wirtschaftlichen Möglichkeiten, ein deutscher Vermittlungsplatz zu sein, unter Ausschaltung aller Elemente der Unruhe erkennen und nutzen würde.

Der 7. Februar 1936 wird in die Geschichte eingehen als der Tag, der die Ostdeutschen den wirklichen Wert national-

## Das mitteleuropäische Problem

Wie die Staaten sich zu sichern gedenken  
Die diplomatischen Besprechungen in Paris haben am Donnerstag mit einem Frühstücken ihren Abschluß gefunden, das der jugoslawische Gesandte zu Ehren des Prinzregenten Paul gab. An dem Gien nahmen u. a. Ministerpräsident Sarrault und Außenminister Flandin teil. Der Prinzregent wird im Laufe des Donnerstags Paris verlassen. König Carol von Rumänien begibt sich für einige Tage auf seine Festung in der Normandie.  
Der „Intransigent“ meint, das wesentliche Ergebnis der Pariser Besprechungen scheint zu sein, daß sich die Notwendigkeit ergeben habe, den Frieden durch die Anwendung der Grundätze der kollektiven Sicherheit zu organisieren. Diese kollektive Sicherheit könne jedoch ihre wohltuende Wirkung nur in dem Umfange haben, als der Völkerbund seinen allgemeinen Charakter wiedergewinne.  
Der türkische Außenminister Rüschü Aras, der an den Pariser diplomatischen Besprechungen regen Anteil genommen hat, äußerte sich dem „Paris Midi“ gegenüber über die Ergebnisse dieser Besprechungen.  
Rüschü Aras erklärte, daß greifbare und sofort feststehende Ergebnisse nicht erzielt worden seien; es sei dies auch nicht beabsichtigt gewesen. In Paris habe es sich vielmehr darum gehandelt, die Frage der kollektiven Sicherheit durch eine Erweiterung des Artikels 16 des Völkerbundespaktes zu betonen.  
Die beiden Versuche, die bisher mit dem Gedanken der kollektiven Sicherheit gemacht worden seien, und von denen der eine in der gemeinsamen Anwendung von Sanktionen bestesse und der andere in der Entsendung der englischen Flotte ins Mittelmeer und der großen englischen Umfrage

wegen des Bestandes der anderen Mächte im Falle eines Konfliktes behandelt habe, berechtigten zu der Feststellung, daß diese kollektive Sicherheit im regionalen Rahmen erfolgreich gewesen sei.

Die Auswirkung der Sanktionen müsse man, wie der türkische Außenminister erklärte, zwar noch abwarten, aber die starke Spannung, die noch vor drei Monaten im Mittelmeer bestanden habe, sei jetzt vollkommen verschwunden. Man habe es also mit einem sehr wichtigen und ausschlagreichen Versuchsbeispiel zu tun, was um so bedeutungsvoller sei, als es sich augenblicklich darum handele, die gleiche Lösung für Osteuropa zu finden. Da Osteuropa aber durch seine geographische Lage in erster Linie als ein europäisches Problem betrachtet werden müsse, werde man diese Frage wohl nicht mit derselben Beiläufigkeit lösen können wie die Mittelmeerfrage. Immerhin würden die Bemühungen in dieser Richtung fortgesetzt und augenblicklich stehe nur die Frage der kollektiven Sicherheit im Donaubekken auf der Tagesordnung.

## Die Kolonialfrage

Bereits Vorparierungen eingeleitet

Unter Hinweis auf die Erklärungen des Unterstaatssekretärs im Außenministerium Cranborne, in der Unterhausdebatte am Mittwoch glaubt der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ melden zu können, daß eine vorläufige Prüfung der Kolonialfrage durch die britische Regierung bereits im vollen Gange sei. Der nächste Schritt werde möglicherweise eine Aufzählung an den Völkerbund sein, einen beratenden und untersuchenden Ausschuss von Persönlichkeiten mit großer Kolonialerfahrung einzusetzen. Die bisherigen Untersuchungen hätten in der Hauptsache dazu gedient, die großen Schwierigkeiten der ganzen Frage an den Tag zu bringen.

# Neue Fronten

### Das Ergebnis der großen diplomatischen Aussprache

MTP, Paris, 4. Februar.

König Georg V. hat auf, noch nach seinem Tode dem britischen Imperium und Europa einen Diensten erwiesen, dessen volle Größe sich zur Stunde noch nicht abzeichnen lässt. Könige, Prinzen, Marschälle und Admirale, die nebenbei in der feierlichen Stunde der Vellebung geschritten sind, sind nicht unmittelbar danach in alle Welt abgereist. Dieser als vorgesehen hat sie in London geblieben, und die Nachricht von ihnen hat in Paris Station gemacht. Eine volle Woche hat die Aussprache dieser in Anspruch genommen; sie ist nicht zu Ende und wird vor dem Besuche des italienischen Ministerpräsidenten Dr. Robba noch nicht abgeschlossen werden. Trotzdem, und obwohl man in London wie in Paris kein einziges amtliches Kommuniqué herausgegeben hat, zeichnen sich die Ergebnisse der unendlichen Unterhaltungen deutlich ab.

Das Thema ist bekannt; seit Monaten und Monaten wird über nichts anderes eigentlich gesprochen; es handelt sich um die Organisation des Friedens durch kollektive Sicherheitspakete. Das Neue, was in der großen diplomatischen Aussprache hinzugekommen ist, ist die Klärung der Fronten. Es sind neue Fronten entstanden, während kein Vertrag sie bisher festlegte.

Weltweitlich gesehen, stand in London keineswegs die Frage der europäischen Sicherheit allein im Vordergrund. Es ging für England um etwas ganz anderes. Der Sinn der ganzen, durch Eden eingeleiteten Konversation war der, zunächst Italien und den abessinischen Konflikt, in dem man sich heute auf einem toten Punkt befindet, vollkommen aus dem Spiel zu lassen. Das Bestimmende bei allen Unterhaltungen war, dass man mit Italien überhaupt im Augenblick nicht rechnet. Die Stellungnahme Englands gegenüber Italien ist festgelegt; sie wird von den Sanctionsländern geteilt, und daran wird sich zur Zeit nichts ändern.

Man beschloß also,

sch endlich wieder um die Dinge zu kümmern, die für Europa und andererseits für das britische Imperium mindestens ebenso wichtig sind.

wie die italienisch-abessinische Auseinandersetzung, die allzu lange alle Kräfte gebunden hatte. Englands vorrangige Sorge ist nicht allein Sicherheit im Mittelmeer und in Europa. Es ist vor allem Sicherheit im Fernen Osten.

England hat die Wahl zu einem Modus vivendi (seiner Art der Anerkennung) mit Japan zu kommen, oder vielmehr eine so harte Rückendeckung gegen Japan zu erlangen, daß es diesen Modus vivendi erzwingt. Nachdem die Japaner die Flottenkonferenz verlassen haben, war die Richtung, in der England diese Sicherung suchen mußte, entschieden. Hier liegt die Erklärung für die betonte Freundschaft des Empfanges der Russen in London, für die lange Audienz Gwinnows bei Edward VIII. und für die noch längeren und überlich entscheidenden Unterredungen, die Marshall Luchinschewski im War Office (Wehrministerium) und mit dem ersten Lord der Admiralität gehabt hat. Japan hat auf diese Verhandlungen sofort reagiert: durch die japanische Presse eine neue Meldung, daß ein Einvernehmen zwischen Rußland und England bezüglich Tibet erfolgt sei, und daß Stalin eine militärische Expedition nach Tibet mit Hilfe der Kenchuren Mongolei vorgehabt habe. Die Russen haben diese Meldung sofort dementiert, und die „Sovetschija“ ironisieren darüber. Die im Gegenteil zu einer Vereinbarung zwischen England und Rußland hätten führen müssen. Das offiziöse Organ heißt demgegenüber in aller Klarheit die in den Londoner Verhandlungen erreichte Annäherung sei, für die umgekehrt auch ein sehr bezeichnender Artikel der „Times“ spricht, in dem bei allem „Absehen“ gegen den Kommunismus festgehalten wird, daß England die Großmacht Rußland nicht weiter ignorieren kann.

Die neue Front, die in London geschaffen worden ist, ist die russisch-englische Front in Asien.

Dies erst hat den Verhandlungen in Paris, deren Ausmaß sich hier nicht vorangehen wurde, den Tenor und die Bedeutung gegeben. Der Chai d'Orion hat sofort erklärt, welche grundsätzliche Bedeutung für die französische Sicherheitspolitik in Mitteleuropa die englisch-russische Annäherung haben mußte. Mit dem Sturz Zaras ist auch endlich der Weg für die Ratifikation des russisch-französischen Paktes frei; die Diskussion darüber im Parlament beginnt am 11. Februar, und ihr Ausgang im positiven Sinne ist nicht zweifelhaft. Rußland braucht sich nur auf seine bekannte pro-englische Einstellung zu berufen, um in diesem Moment eine pro-russische Stellung zu rechtfertigen. Und andererseits liegt es auf der Linie der Ebenbürtigkeit des Völkerbündnisses, die Interessen des Imperiums mit dem Pflichten Englands als Völkerbündnisstaat anzuschließen.

Während also in London eine neue asiatische Front geschaffen wurde,

ist in Paris eine neue Front entstanden, die diejenige von Straßa abhaken soll.

Italien ist faktisch als Garant des Friedens ausgeschlossen; nicht lag näher, als Rußland den freigeordneten Platz einzunehmen.

Dies ist der tragende Gesichtspunkt, wie uns scheint, für alle Konversationen mit den Vertretern und Beratern der mitteleuropäischen Mächte. Die bedeutendste ist überlich nicht die Aussprache mit König Carol, denn das sowjetisch-rumänische Verhältnis handelt sich vor dem Augenblick in Frage. Viel wichtiger sind die Unterredungen mit dem Privatgelehrten Paul von Jugoan und vor allem mit dem König Boris von Bulgarien. Man weiß, was hier der heutige Einfluß in Jugoslawien ist, und man weiß, daß Bulgarien nicht zum Balkanblock beizutreten war. Es ist außerordentlich wahrscheinlich, daß eine Vereinbarung zwischen dieser beiden Staaten eine Folge der Aussprache sein wird. Auf gleicher Linie liegt die Neuorientierung der österreichischen Politik seit dem Besuche des Bundeskanzlers Schulnig in Prag, dessen Absicht durch die Unterredungen des Fürsten Starbembergs in London und Paris zweifellos nur bekräftigt werden können.

Das ist außerdem, ist nun der Beginn einer Neuorientierung im Fernen Osten, welche und gelöst durch eine erkrankte Front der drei Großmächte, die sich heute nur die Idee der kollektiven Sicherheit einziehen. Die ganze Bedeutung der großen diplomatischen Aktion aber erkennen man erst, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Staaten keinen aktiven Anteil an den Unterredungen gehabt haben.

F. J. Garat.

Die französische Kriegsgefahr in England. Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs Neville Chamberlain im Unterhaus behält sich der Gesamtbesitz der französischen Kriegsmaterialien in England auf 750.000.000 Pfund Sterling. Diese Summe umfaßt sowohl die Rückstände als auch die normale Ausrüstungsbestände von 1936 noch zu zahlenden Beträgen.

Parlamentarische Fragen und Antworten. Der Premierminister hat heute die beiden letzten Fragen der Abgeordneten beantwortet. In der ersten Frage hat er sich über die Unterhaltung der britischen Flotte im Vergleich mit den anderen Seemächten geäußert. In der zweiten Frage hat er sich über die Unterhaltung der britischen Luftwaffe geäußert.

Beschluß des Vorkomitees und eine analoge Erklärung der beiden Bulgaren veröffentlicht; ihr Verhalten vor Gericht wird als „unrichtig und unbillig“ bezeichnet. Sie hätten die politische Bedeutung dieses Prozesses nicht verstanden und schließlich die Linie der Verteidigung ihrer Person eingenommen. Sie haben sich mit der Hilfe Dimitroffs nicht solidarisiert. Sie werden deshalb bis auf weiteres ihrer leitenden Parteifunktionen entsetzt.

## Aus dem Königsprozess

### Berechnung der Angeklagten beendet

In dem Prozess gegen die Kroaten vor dem Schwurgericht in Aix-en-Provence wurde am Donnerstag mit der Berechnung des zweiten Angeklagten Kallisch begonnen. Kallisch hatte nach seinen Angaben Jugoslawien bereits 1929 verlassen, sich zunächst nach Ungarn und von dort nach Brasilien begeben. Nach Europa zurückgekehrt, sei er in Belgien einen Kroaten kennengelernt haben, der ihm den Eintritt in das Emigrantenlager von Santa Cruz in Ungarn ermöglicht habe. Auf eine Frage des Vorsitzenden, Kallisch habe doch vor dem Attentat Geld erhalten, erwiderte der Verteidiger, man dürfe die Angeklagten wohl richten, sie aber nicht entziehen. Die beiden Frauen, und zwei Franken seien „kein Geld für einen Königsmord“.

Dann begann die Berechnung des dritten Angeklagten Popitschik. Der erklärte, daß er, wenn das Verhör in derselben Art geführt werde wie bei seinen Mitangeklagten, darauf verzichten würde, zu antworten. Als der Vorsitzende dann das Verhör begann, kreuzte der Angeklagte die Arme und beteuerte jede Aussage. Der Präsident verlas dann die Bitte seiner Frau, ohne daß der Angeklagte antwortete. Dann begann Popitschik plötzlich zu reden. Er legte ein Bekenntnis zum Kroatentum und zum Nationalismus ab, was der Verteidiger Rechtsanwalt Saint-Yuban noch unterbrach. Der Präsident fragte schließlich, warum denn der Angeklagte eigentlich nach Frankreich gekommen sei. Der Angeklagte erklärte, wie er zu den Verschwörern kam und wie er nach Frankreich gekommen sei. Popitschik behauptete, daß der eigentliche Leiter der Mörderaktionen gewesen sei. Über Kallens selbst habe, bevor er nach Marseille fuhr, ihm nur einfach eine Abwesenheit von wenigen Tagen angekündigt, ohne sich über den Zweck seiner Reise zu äußern. Popitschik sei dann in Paris gewesen. Beim Verlassen eines Lichtspieltheaters habe er erst von dem Anschlag gegen König Alexander erfahren und sei dann sofort von Paris abgereist.

Der Gerichtspräsident erklärte nun, daß die Verschwörer Patellisch, Kwaternil und Verewitsch in Abwesenheit verurteilt würden. Zum Schluß des Verhandlungstages wurden noch die medizinischen Sachverständigen gehört. Es heißt in ihren Gutachten, daß Kralj hin und wieder stark unter Einbildungszuständen leide, daß er auch Stimmen höre und kurze Zeit nach dem Anschlag einer Halluzinationspsychose unterlegen habe. Kralj sei vielleicht ein Hypochonder, dessen strafrechtliche Verantwortung leicht eingeschränkt sei, der aber die volle Zurechnungsfähigkeit für seine Taten habe.

## Bundesrat zum Fall Guffloff

### Sein Zusammenhang zwischen der Haltung der Presse und dem Attentat

Der Chef des politischen Departements, Bundesrat Motta, erläuterte in der Sitzung des Gesamtbundesrates einen Bericht über das Attentat auf Landesgruppenleiter Guffloff und über seine Unterredung mit dem deutschen Gesandten Freiherrn von Reijtschäfer.

Aus den Beratungen des Bundesrates geht, wie von offizieller Seite mitgeteilt wird, hervor, daß der Bundesrat keinen Zusammenhang zwischen der Stellungnahme der Presse zu ausländischen Staaten und dem Attentat des Straßburger sehen konnte.

## Zwischenfall an der russisch-englischen Grenze

### Russische Flugszeuge überflogen Dorpat und wurden mit Reichsgeschützen beschossen

An der ostländisch-sowjetischen Grenze ist es zu einem Zwischenfall gekommen, der zu einem Freizeig des russischen Gesandten in Moskau geführt hat. Am Mittwoch gegen Mittag überflogen drei sowjetische Militärflugzeuge die Gubergrenze Estlands. Sie zogen über der Stadt Dorpat mehrere Kreise und flogen dann wieder auf sowjetisches Gebiet zurück. Nachdem sie sich einige Zeit über dem Peibuss-See aufgehalten hatten, überflogen sie nochmals die Grenze und hielten sich etwa eine halbe Stunde über ostländischem Gebiet, besonders über der Stadt Dorpat auf. Die in einer Höhe von 50 bis 100 Meter fliegenden Flugzeuge wurden von britischen Truppen mit Werten von der Grenzgarde aus beobachtet und mit Reichsgeschützen beschossen. Die verurteilt, in das Feuer kritisch der Flugszeuge erwidert worden.

## Löndener Fleischstreik hält an

### Die Arbeiter fordern weitere Schritte zum Sympathiestreik an

Der Streik der Angehörigen der Fleischverteilungszentrale umschließt heute in seinem Umfang an. Am Donnerstag fand im Hinblick auf eine Kampferklärung der Streikenden ein Rat, auf den unter großer Beteiligung erschienen wurde, gemeinlich nach dem Vorschlag des Londoner Fleischhandelsverbandes und zu verhandeln, die Fleischarbeiter zu einem Anschluß an den Streik zu bewegen. Der Streikverband, der sich in London und andere Städte erstreckt, ist trotz einer Bemerkung der Polizei zum Streik.

## Totschlagsprozess in Rom

Das Gericht in Rom hat gestern ein Urteil gegen 14 Mörder gefällt. Die Angeklagten waren am 1. Dezember vorigen Jahres in Osoppo im Versteck einer Salammontagne mit Hilfe des politischen Generals Gambino erschossen worden. Die Angeklagten hatten sich an dem Mord beteiligt. Der Vorsitzende des Gerichtes erklärte, daß die Angeklagten die Verantwortung für den Mord auf sich geladen hätten. Die Angeklagten wurden zu verschiedenen Strafen verurteilt, von lebenslänglicher Gefängnisstrafe bis zum Tode.

Der 4. Februar ist in Paris ohne größere Vorfälle abgegangen und ohne Zwischenfälle verlaufen. Der Reichspräsident begab sich mit dem Kaiser nach Brüssel.

Der 4. Februar ist in Paris ohne größere Vorfälle abgegangen und ohne Zwischenfälle verlaufen. Der Reichspräsident begab sich mit dem Kaiser nach Brüssel.

## Die angeblichen Dum-Dum-Geschosse

### England richtet eine Note an den Völkerbund

Das italienische Propagandaministerium veröffentlicht nachstehenden Decretbericht Nr. 118: Wieder von der Grubradu- noch von der Somalitrone sind wichtige Ereignisse zu melden. Die Luftwaffe hat einige feindliche Stützpunkte südwestlich von Matale mit Bomben belegt.

### Die italienischen Korpskommandanten bei Mussolini

Mussolini empfing am Donnerstag sämtliche Armeekorpskommandanten unter Führung des Staatssekretärs im Kriegsministerium, General Baisroc, mit denen er einen einstündigen Rapport abhielt.

## England und die Dum-Dum-Geschosse

Die englische Regierung hat eine ausführliche Note an das Völkerbündnissekretariat gerichtet, in der die italienischen Mitteilungen über Lieferung englischer Dum-Dum-Geschosse nach Abessinien zurückgewiesen werden. Es wird erklärt, daß keine Firma im vereinigten Königreich die abessinische Regierung mit Dum-Dum-Geschossen oder Explosivmunition für militärische Zwecke beliefern darf. Die englische Regierung übe eine denkbar strenge Kontrolle über alle Ausführungen von Munition und Kriegsmaterial aus und verlange für jede Sendung eine Ausfuhrlizenz.

Zu den in den italienischen Dokumenten photographisch wiedergegebenen Firmenetiketten stellt die Note fest, daß es sich in dem einen Fall um Etiketten handele, die in der Zeit vor 1914 benutzt worden seien, während die anderen Etiketten eine Firmenbezeichnung aufwiesen, die im Jahre 1927 abgeändert worden sei. In beiden Fällen handele es sich um Jagdpatronen, die seinerzeit für die Großtierjagd bestimmt gewesen seien.

### Hohe Würdenträger gehen nach Afrika

Auf Anordnung Mussolinis wird anstelle des Sekretärs der faschistischen Partei, Starace, der das Kommando eines Schwarzenbataillons in Ostafrika übernimmt, der stellvertretende Sekretär, Ab. Adelchi Sereno, die Geschäftsführung der Partei übernehmen.

Mit dem Propagandaminister Graf Ciano wird sich auch der Abteilungsleiter für den Fremdenverkehr im Propagandaministerium, Generaldirektor Bonomi, nach Afrika einschiffen, um im Geschwader seines Ministers als Fliegeroberleutnant Dienst zu tun.

### Chertoff und seine Anleihe

Die abessinische Gesandtschaft in London hat ein Telegramm von Chertoff, dem amerikanischen Finanzmann, der im Sommer eine Anleihe für Abessinien besorgen wollte, erhalten. Darin teilt er mit, daß er jetzt in der Lage sei, Abessinien eine Anleihe in Höhe von einer Million Pfund zu gewähren.

## Delauschuk tagt ohne Ergebnisse

Der Sachverständigenausschuß für die Deisperrre hielt am Donnerstagabend eine Vollsitzung ab. Die Berichte der Unterausschüsse für Transportfragen und für Erfassung wurden einer ersten Erörterung unterzogen. In der Transportfrage sind die Sachverständigen zu dem Ergebnis gekommen, daß eine bloße Transportperre ohne die Beteiligung der Vereinigten Staaten wirkungslos sein würde. Bezüglich der Erfassung ist das zusammengetragnen statistische Material nicht ganz schlüssig. Der Bericht weist aber darauf hin, daß ein großer Teil des italienischen Bedarfs in Nichtsanctionsländern hergestellt werden könne, wobei zu untersuchen wäre, inwieweit diese Länder mit Rücksicht auf ihre eigenen Bedürfnisse Italien beliefern könnten. Die Berichte der anderen Unterausschüsse werden erst in einigen Tagen erwartet.

In manchen Kreisen wird davon gesprochen, daß der Sachverständigenausschuß vor der Abfassung seines Gutachtens eine Pause von etwa 14 Tagen einlegen werde, und daß die Entscheidung erst im März fallen werde. Die Pause solle dazu benutzt werden, um der Regierung der Vereinigten Staaten das gesamte Material mit dem ausdrücklichen Ersuchen um eine Stellungnahme zu übermitteln. Da die Aussichten des neuen amerikanischen Neutralitätsgesetzes auch in Genf sehr gering eingeschätzt werden, wird sich in englischen Kreisen angenommen, daß die Arbeiten der Sachverständigen keine unmittelbare praktische Bedeutung erlangen werden. Man weiß in Genf darauf hin, daß die möglichen Wirksamkeiten einer Deisperrre durch die in den letzten Monaten erfolgte Verbilligung der Petroleumlieferung aus Ueberseeländern schon jetzt zum großen Teil überholt seien.

## Frachterhöhung wegen Transportwierigkeiten verboten

Aus Anlaß der Erschwerungen, die im Eisenbahnverkehr von und nach Ostpreußen eingetreten sind, hat der Reichsverkehrsminister auf Grund der Vorschriften über die Preisüberwachung ein Verbot erlassen, aus Anlaß der Einschränkung des Eisenbahnverkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet Entgelte auf dem Verkehrsgebiet über den Stand vom 1. Februar 1936 zu erhöhen. Als Erhöhung ist es auch anzusehen, wenn die Leistungsbedingungen zum Nachteil des Verkehrsusers geändert werden. Zur Vermeidung von besonderen Härten können Ausnahmen zugelassen werden.

Bei den Bestimmungen dieser Verordnung oder den zu ihrer Durchführung erlassenen Anordnungen oder Entscheidungen vorzüglich oder hauptsächlich zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe, deren Höchstmaß unbegrenzt ist, bestraft.

Diese Bestimmungen und insbesondere die Tatsache, daß ihr Erlass überhaupt notwendig war, zeigt, wie nachteilig sich die Einschränkung des Transitverkehrs auf die deutsche Wirtschaft, insbesondere auf diejenige Ostpreußens, auswirkt.

## Die Ukrainer für den Heereshaushalt

### Egaris Worte gegen Sowjetrußland

Während der Beratungen des Heereshaushalts im Ausschuss des polnischen Senats erklärte der ukrainische Senator Lucti, das ukrainische Volk habe sich immer zur westlichen Kultur bekant. Daraus ergebe sich kein früherer Kampf mit dem Osten. Die Ukrainer in Polen fühlten sich als mitverantwortlich für das Schicksal ihrer Brüder in Sowjetrußland. Der ator Lucti richtete heftige Worte gegen Sowjetrußland. Die polnische Armee habe in diesem Sinne eine Aufgabe zu erfüllen. Deshalb stimme die parlamentarische Vertretung der Ukrainer für den Heereshaushalt.

Der frühere Soldatier in Tokio gestorben. Im Alter von 73 Jahren ist in der Nacht des 6. Februar in Berlin der Berliner a. D. Wilhelm Seif an den Folgen einer Lungenerkrankung gestorben. Am Jahre 1918 übernahm er unter der Reichswehr die Stelle des Prinzen Max von Baden das Kaiserliche Amt, das er bis zum Februar 1919 leitete. Im April 1920 erfolgte seine Ernennung, zunächst zum Geschäftsführer und dann zum Vizepräsidenten in Tokio. Dort hatte er bis zum Jahre 1925 als 6. deutscher Vizepräsident gewirkt.

Beratung des französischen Discontofalles. Die Bank von Frankreich hat am 1. Februar ihren Discontofuß von 5 Prozent auf 4 Prozent herabgesetzt. Der 1. Januar 1936 von 5 auf 4 Prozent ermäßigt worden war. Der 1. Januar 1935 von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt.

Um die Zusammenarbeit Danzig-Gdingen

Die bisherigen Ergebnisse - Danzigs Ausblick

Wir haben früher schon darauf hinweisen müssen, daß auswärtige Zeitungen im allgemeinen über die Danziger...

Die vor zwei Jahren durch den danzig-polnischen Vertrag begonnene Zusammenarbeit der Häfen des polnischen...

Auf der Ausfuhrseite beherrscht Gdingen jetzt die Kohlen...

Diese Ausführungen sind in mehr als einer Hinsicht von Interesse...

Völlig neu ist die Mitteilung über den Gang der Hafenverhandlungen...

Intemezzo

Bei dem Lokalinhaber Giesow am Volkmarkt fand eines Tages eine Vereinsfeierlichkeit statt...

Die drei Musiker klagten nun am Mittwoch vor dem Arbeitsgericht...

Einen vom Gericht vorzuschlagenden Verzugs auf Zahlung von sechzig Gulden...

Polizeibericht vom 7. Februar. Festgenommen: 14 Personen...

Obdachlosigkeit, 2 wegen Trunksucht. - Gefunden in Danzig: 1 Paar braune...

Die feindlichen Kameraden

Ein Zeitbild aus Meißnerwalde

Das Amtsgericht für Strafsachen, Einzelrichter Amtsgerichtsrat Doempke...

In der Anklagebank standen der 19jährige Wagenführer Paul Waß...

Die Zeugen waren in der Hauptverhandlung sehr zurückhaltend und mühten immer wieder um ihre Aussagen...

Unfall-Chronik

Am Donnerstag, gegen 8.30 Uhr, stürzte der 36 Jahre alte Arbeiter Friedrich Sabuda...

Die 67 Jahre alte Witwe Anna Schöler, Wallgasse, wollte am Donnerstag, gegen 9 Uhr...

Auf der Petersburger Brücke wurde am Donnerstag, gegen 12.35 Uhr...

Am Mittwoch, gegen 2.30 Uhr, fuhr der Radfahrer Julius Kornelius aus Heubude mit seinem Fahrrad von Heubude in Richtung Danzig...

Am Mittwoch, gegen 15 Uhr, wollte der 9 Jahre alte Schüler Paul Gahle, Reusfahrwaßer...

Unser Wetterbericht

Heute, teils wolkig, leichter bis mäßiger Frost. Vorhersage für morgen: Heiter, teils wolkig...

Danziger und Gdingener Schiffsliste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Schwed. D. „Lorsborg“, 8 1/2 fällig, Fam; Schwed. D. „Rosenthal“, 8 1/2 fällig...

Im Gdingener Hafen werden erwartet: D. „Jovita“, ca. 10. 2. fällig, Fam; D. „Felix Baumann“, ca. 11. 2. fällig...

Der „Vorposten“ vom 3. Februar berichtete über ein Verarmungs der gleichgeschalteten Bauarbeiter...

Man konnte dem verzweifelten Arbeiter (K. H. E.) nicht verdenken, wenn er sein Geld am Freitag verlor...

Pa. Pfister aus Berlin führte aus: „Nach der Übernahme der Gewerkschaften glaubten gewisse Unternehmerkreise, daß das Ende der Arbeiterorganisationen überhaupt gekommen sei...

Seitdem die „überflüssigen“ Betriebsräte und das „Annohose“ Tarifsystem abgeschafft bzw. umgeändert sind...

Ein Landarbeiter sollte ins Arbeitshaus. Gemeindevorsteher und Notstandsarbeiter. In Neuheit bei Babental wohnt der Arbeiter Johannes Peger...

da er nach Meinung des Gemeindevorstehers Bronski mehr faul als krank sei. Selbstverständlich konnte Peger sich dies nicht gefallen lassen...

Pleger die ihm zugewiesene Notstandsarbeit verweigert, außerdem kann er keine allzu schweren Arbeiten erledigen.

Man weiß nun, daß Notstandsarbeiten verschieden sein können. Es gibt leichte Beschäftigungen, aber es gibt auch Notstandsarbeiten, die einem Schwerarbeiter zu schaffen machen...

Pleger erhält für die Notstandsarbeiten 15 Gulden in der Woche. Nun hat er sechs Kinder. Für ihn und seine Familie hat die Gemeinde Geld ausgeben müssen...

Rechtsanwalt Dr. Bown, der den Kläger vertrat, war im Besitz von mehreren Akten, in denen Verstehe bestanden, daß Peger nur leichte Arbeiten verrichten kann.

15. Geburtstag. Gestern beging, umgeben von ihren Kindern und Kindeskindern, die älteste Einwohnerin Großens, die Witwe Rosa Krebs, Conzestraße 8, ihren 85. Geburtstag.

Im Not- und Dringlichkeitsfall sehen heute nacht, in der Zeit von 23 bis 6 Uhr, folgende Ärzte zur Verfügung: Dr. Gieseler, Dunbarsstraße 47, Tel. 21508; Dr. Strauß, Bork, Graben 1a, Tel. 22876.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Abomat; für Anzeigen: Anton Follen, beide in Danzig; Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt A. Follen, Danzig; Druckerei und Verlagsanstalt Karl Formel, Danzig.

Wasserstandsrichten der Stromweichsel vom 7. Februar 1936

Table with 4 columns: Station, Water level change, and other data. Includes stations like Eborn, Nordon, Culm, Graubenz, Kurzebrack, Grafau, Zawichost, Warichau, Bloch, Montauerspitze, Bielel, Dirschau, Einlage, Schlewensport, Nowy Cez, Przemysl, Byczkow, Kultuk.



# So wütete der Terror in Zippkau

## Arbeiterehepaar schwer mißhandelt — Die Wohnung bietet ein grauenhaftes Bild

Was sich in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag in dem Dorfe Zippkau, zwischen Prauß und Hohenstein, zutragte hat, dürfte wohl alles, was sich bisher auf dem Gebiete des politischen Terrors im Freistaat ereignet hat, weit hinter sich lassen.

Etwas 20 Personen sind dort nachts in die Wohnung des Arbeiterehepaars Kuschel eingedrungen, haben Mann und Frau in bestialischer Weise mißhandelt, selbst einen Säugling aus seinem Bettchen an die Erde geworfen und sämtliche Handrats Tutz und Klein geschlagen.

Die Wohnung bot am Morgen nach der Tat ein grauenhaftes Bild. Auf dem Fußboden zeigten sich große Blutlachen, die Hände sind mit Blut bespritzt. Das Ehepaar Kuschel ist schwer verletzt. Selbst Männern, die den Krieg an der Westfront mitgemacht haben, fanden Tränen in den Augen, als sie das Bild dieser Verwundung sahen.

Kuschel ist zur Zeit Notstandsarbeiter. Früher war er sozialdemokratischer Gemeindevorsteher. Er ist auch heute noch Sozialdemokrat. Selbst seine politischen Gegner im Dorfe können ihm wegen seines ehrlichen, aufrechten Wesens ihre Achtung nicht verweigern. Um den Überfall auf ihn auszulösen, wurden deshalb Personen aus den umliegenden Dörfern mit hinzugezogen. Allem Anschein nach ist das Ehepaar Kuschel das Opfer eines organisierten Überfalles geworden.

### Von zwei Seiten angegriffen

Gegen 1 Uhr nachts wurde das nach der Straße gehende Fenster der Wohnung des Kuschels plötzlich eingeschlagen. Kuschel sprang aus dem Bett und wollte in die Küche eilen, um sich für die Verteidigung seiner Wohnung zu bemerken. Als er die Küchentür öffnete, mußte er feststellen, daß bereits drei Personen in die Küche eingedrungen waren. Sie hatten das Fenster zertrümmert und waren so in die Küche gekommen. Kuschel verteidigte deshalb zunächst die Küchentür. Als die dort dem Stubenfenster herbeidrehenden Terroristen sahen, daß ihre Komplizen in der Küche nicht vorwärts kamen, zertrümmte man die Fenster ganz, hob einen Fenstersügel aus den Angeln, drang damit in die Wohnung und schlug dann auf Kuschel ein. Die Terroristen warfen dabei ein Bettchen, in dem ein kleines sechs Monate altes Kind schlief, um.

In dem allgemeinen Wirrwarr hat niemand das Fallen des Kindes bemerkt, so daß es während der tätigen Auseinandersetzungen auf dem Fußboden lag.

Durch Fußtritte ist das Kind am Kopfe verletzt worden. Es hätte sehr leicht den Tod finden können. Mit Totschlägern schlugen mehrere der Terroristen auf Kuschel ein. Er führte Gummischläuche mit sich, die mit Sand gefüllt sind und an Ende ein Eisenstück als Füllung haben. Blutüberströmt brach Kuschel alsbald zusammen. Als Frau Kuschel das Zwischenstück, um ihren Mann zu schützen, schlug man in

der gleichen vichischen Art auf die Frau ein. Plötzlich erinnerte die Frau sich ihres Kindes und schrie:

„Wo ist mein Kind?“

Anscheinend haben die Terroristen geglaubt, daß das Kind bei dem Überfall den Tod gefunden habe, denn es hatte niemand das Schreien des Kindes gehört. Wohl in der Bestürzung, für den vermeintlichen Tod des Kindes verantwortlich gemacht zu werden, schloß man dann Hals über Kopf aus der Wohnung. Dabei ließ man einen der vorstehend geschilderten Totschläger am Tatort zurück.

### Erkannte Täter

Fünf der Täter sind beim Scheine von Taschenlampen erkannt, und zwar:

1. Der Gastwirt Aloisius Jeromin aus Langenau bei Zippkau,
2. der Maurer Josef Schwantowitz, ebenfalls aus Langenau,
3. der kaufmännische Angestellte Ewald Gehrt aus Zippkau, beschäftigt in der Eisenwarenhandlung Wilsche in der Langgasse,
4. der Tischler Herbert Stein aus Zippkau,
5. der Vorarbeiter der Notstandsarbeiter von Schönwarling, dem Namen nach bisher unbekannt.

Die Täter waren zum Teil in voller SA-Uniform, zum Teil trugen sie über der Uniform Zivilmäntel.

Von dem bestialischen Überfall wurden der Landjäger und der Arzt Dr. Noebius in Prauß benachrichtigt. Der Landjäger erschien gegen 8 Uhr morgens. Der Arzt Dr. Noebius lehnte es ab, nach Zippkau zu kommen, er sei zu stark beschäftigt, die Verletzten sollten zu ihm nach Prauß kommen. Es wurde darauf der Arzt Dr. Tauporn aus Prauß telefonisch von dem Zustand der Überfallenen benachrichtigt. Er erschien am anderen Morgen um 8 Uhr in der vermißten Wohnung.

Auf Veranlassung Danziger Stellen ist dann im Laufe des Donnerstags ein Danziger Arzt nach Zippkau gefahren, um den Verletzten ärztliche Hilfe anzubieten zu lassen.

### Ein eingestelltes Verfahren

Es ist nicht das erste Mal, daß in Zippkau Terrorakte verübt worden sind. Vor einiger Zeit ist man in der Wohnung des Meistermeisters Wendig in Zippkau eingedrungen. Als Täter wurde der Landwirt Karl Below und der Arbeiter Erwin Below erkannt. Es wurde gegen diese beiden Strafantrag gestellt.

Am Mittwoch mußten die Belows den Entschaid des Oberstaatsanwalts erhalten haben, daß das Verfahren eingestellt worden ist, weil die Beweise nicht ausreichen. In dem Bescheid des Staatsanwalts heißt es, daß die Beschuldigten die ihnen zur Last gelegte Tat bestritten, und die Aussagen eines Zeugen reiche nicht aus, um die Beschuldigten der Tat zu überführen.

# Dreifacher Mord im Werder

## Der Brand im Werder sollte die Mordtat verdecken — Die Familie Runschlowski wurde ermordet

Der Brand in Tragheim im Großen Werder, bei dem, wie gemeldet, eine Arbeiterfamilie den Tod gefunden haben soll, stellt sich jetzt als eine Brandstiftung zur Verdeckung eines dreifachen Mordes heraus. Die Familie Runschlowski ist nicht einem Brandunglück zum Opfer gefallen, sondern von Mördern erschlagen worden. Die Untersuchung der an der Brandstätte aufgefundenen Leichen des Herrn Runschlowski und ihres 1 1/2 Jahre alten Tochterchens hat ergeben, daß Mutter und Kind durch Stiche mit einem Beil getötet sein müssen. Die Leiche des Ehemannes R. ist 100 Meter von der Brandstätte entfernt in den Aibebäumen aufgefunden worden. Der Hinterkopf war eingeschlagen. Allem Anschein nach hat Runschlowski flüchten wollen und ist dabei erschlagen worden. Um die Auffklärung des Verbrechens zu verhindern, sind dann allem Anschein nach die Frau und das Kind ebenfalls ermordet worden. Außerdem wurde die Wohnung in Brand gesetzt, um einen Unglücksfall vorzutäuschen. Es heißt, daß es sich um einen Raubmord handelt. Wir können uns kaum denken, daß in der Wohnung eines Sandarbeiters Schätze vorhanden sind, die zu einem dreifachen Raubmord ausreichen. Dieses schwere Verbrechen muß andere Ursachen haben. Es wird behauptet, daß die Danziger Kriminalpolizei bereits eine Spur des Täters verfolgt. Der ermordete Ehemann war 28 Jahre alt, die Frau 24 Jahre. Sie erwartete das zweite Kind.

Nach den ersten Meldungen schien es so, als wenn die Familie Runschlowski das Opfer eines Brandunglücks geworden war. Die Familie wohnte in dem Innhaus auf dem Gute Jakobische Erden in Tragheim. In der Nacht wurde das Haus durch Feuer vernichtet. In ihm wohnten die Arbeiterfamilien Witwe Schalkowski mit sieben Kindern, Paul Runschlowski mit einem Kind, August Langkau mit vier Kindern, Fritz Domsch mit einem Kind, Gustav Langkau mit sieben Kindern und das Ehepaar Gutshinrich. Die Wohnungen in Innhäusern sind bekanntlich nicht groß. Auch hier bestand jede Wohnung aus einer Küche, woran sich eine Kammer anschloß. Rückwärts lag die Wohnküche mit Fenstern nach dem Gutshofe.

Die in dem Hause wohnende Witwe Schalkowski wurde am Mittwochmorgen um 4 Uhr

### durch Qualm aus dem Schlafe geweckt.

Der Rauch kam aus der Nachbarwohnung, die Runschlowski bewohnte. Frau Sch. weckte ihre Kinder und ließ hinauf, um die Nachbarn zu wecken. Einen Augenblick später schlugen die Klammern aus dem Giebel des Hauses heraus. Den Familien gelang es, den größten Teil ihrer Habe zu retten. Bis auf die Familie Schalkowski, die fast alles verloren hat, zunächst hatte man nicht bemerkt, daß die Familie Runschlowski fehlte.

Als man auf das Fehlen der Familie R. aufmerksam wurde, versuchte man, durch die Küchentür in die Wohnküche einzudringen.

Inzwischen hatte sich aber der Brand über den ganzen Aibel des Hauses verbreitet und mit großem Getöse fiel das Dachgewölbe zusammen. Nachdem auch die Decken durchgebrannt waren, stürzten sie in die Wohnungen hinab und füllten die kleinen Stuben fast bis zur Hälfte mit glühendem Schutt. Jetzt erst gelang es, das Feuer restlos zu löschen.

Die Polizei ließ die Wohnung des Ehepaars Runschlowski absperren. Danziger Kriminalpolizei machte sich dann daran, diese Wohnung zu durchsuchen. Der Schutt wurde sorgfältig abgetragen und zum Teil geiebt. Stundenlang dauerten die Bemühungen, bis man die Wohnung eingehend untersuchen konnte. Es ergab sich, daß der Ofen vollständig in Ordnung war. Er hatte auch keine Brandstellen. Die Vermutung, daß zwischen Wand und Ofen Holz gelegen hatte, erwies sich ebenfalls als falsch. In der Ofenröhre fand man einige angekokelte Strümpfe.

Als man den Brandschutt von der Stelle weggeräumt hatte, wo die Betten des Ehepaars gefunden hatten, zeigte sich ein erschütterndes Bild.

In dem einen Bett lagen zwei verkohlte Leichen, und zwar die der Frau Runschlowski und die eines 1 1/2-jährigen Kindes. Getrocknete Bräut und Reine der beiden Leichen waren völlig entstellte oder durch den Brand zerstört. Die nähere Untersuchung dieser beiden Toten hat dann ergeben, daß

Frau R. und ihr Kind durch Stiche mit einem Beil getötet worden sind.

Von dem Bett, in dem der Ehemann Runschlowski gewöhnlich schlief, waren nur noch die Galleschrauben übrig geblieben. Von dem Ehemann selbst fand sich keinerlei Spur. Bei der Durchsuchung des Brandschuttes fand man auch keinerlei Reste von den Verletzten und der Witwe des Ehemannes. Später wurde Runschlowski 800 Meter von der Brandstätte entfernt mit eingeschlagenem Hinterkopf tot aufgefunden.

Offenbar gelingt es der Danziger Kriminalpolizei, dieses grauenhafte Verbrechen restlos zu klären.

### Die Polizei meldet:

Die über das Brandunglück in Tragheim von der Kriminalpolizei angestellten Ermittlungen führten zu dem Anschein erregenden Ergebnis, daß der Brand absichtlich angelegt worden ist, um die Spuren eines schweren Verbrechens zu verwischen, eines Verbrechens, das in keiner Scheußlichkeit kaum zu beschreiben ist. Während nämlich bei den Aufräumungsarbeiten an der Brandstätte zunächst nur die Leichen der Ehefrau Runschlowski und ihrer Tochter vorzufinden wurden, ist die Leiche des Ehemannes erst später mit schweren Kopfverletzungen auf dem Felde an einer Aibebenleite gefunden worden. Die gerichtliche Besichtigung ergab, daß alle drei Personen erschlagen und Frau und Kind wäler noch verbrannt sind.

Wehr kann vorläufig im Interesse einer geordneten Ermittlungstätigkeit nicht gefast werden. Die Beamten des Nordberichtsdiensdienstes wollen am Tatort und während nach dem Täter. An das Publikum, insbesondere an die Landbevölkerung, ergeht die Bitte, die Beamten bei ihrer Arbeit zu unterstützen, um des Mörders habhaft zu werden und ihn der gerechten Strafe zuzuführen. Jeder, der der Polizei etwas mitzuteilen hat, wende sich an den nächsten Volkarmen oder an den Nordberichtsdiensdienst, der in der Molkerei in Tragheim untergebracht worden ist.

Die Blutdaten im Freistaat häufen sich. Im Oktober 1934 erschloß der 19-jährige Werner Doerfl in Schönbaum bei einem Einbruchversuch den Sparkassenrentanten Spode. Noch beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit diesem Fall, da er nach der SA-Mann Borada am Vorabend des Osterfestes den Arbeiter Paul Karigold in Prösen. Am 11. Oktober 1935 geschah dann der Mord im Schwarzen Meer. Das ist der Friseurmeister Gregorowski vom Obergericht rechtskräftig zum Tode verurteilt wurde. Im Untersuchungsgefängnis sitzt weiter noch der Mörder Dopner, der kurz vor Weihnachten in Schwerber bei Liegnitz eine alte Frau erschlug und beraubte. Jetzt kommt aus dem Werder die Meldung von einer Muttat, die die vorhergehenden noch in den Schatten stellt. Wir können uns nicht erinnern, daß Polizei und Gericht sich früher so oft mit Muttaten zu beschäftigen hatten.

## Landrat Andres und die Genfer Beschlüsse

### Große Anfrage der Oppositionsparteien im Volkssttag

Die „Danziger Volksstimme“ hat bereits auf gewisse Ausführungen hingewiesen, die in dem unter der Redaktion verantwortung des Landrates Andres erscheinenden Blatte „Zwischen Weiszel und Rogat“ abgedruckt wurden. Die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und der Deutschnationalen Volkspartei haben nunmehr folgende Große Anfrage im Volkssttag eingebracht:

„In der Februarausgabe einer Druckschrift politischen Inhalts, die sich „Zwischen Weiszel und Rogat“ nennt und vom Landrat des Kreises Großes Werder herausgegeben und öffentlich vertrieben wird, sind zu dem Ergebnis der letzten Tagung des Völkerverbundes folgende Ausführungen gemacht worden:

„Das Genfer Völkerverbündenschauspiel hat in diesen Tagen sein Ende gefunden.“

Aber auch diesmal konnte Genf nichts dabei gewinnen, denn auch sämtliche Zeitungen mußten bescheid die Unrichtigkeit dieser Handlungswelle eingestehen und Danzig zog nach einmal unbekümmert von dannen, wenn gleich es auch wieder eine Reihe guter Ratschläge mit auf den Weg bekommen hat. Dieser Weg von Genf nach Danzig ist ja sehr weit, da kann ja auch mancherlei verloren gehen.“

Diese Ausführungen, die die Beratungen des Völkerverbundes als Schauspiel bezeichnen und ihnen Scharfsinnigkeit nachsehen, sind geeignet, die bestehenden und auch vom Senatspräsidenten wiederholt bestätigten guten Beziehungen Danzigs zum Völkerverbund aufs schwerste zu stören und damit wichtige Interessen des Staates zu schädigen. Die weiteren Ausführungen, daß von den in der Ratstagung mit Zustimmung des Senatspräsidenten Greifer gefassten Beschlüssen, die hier mit „auten Ratschlägen“ bezeichnet werden, auf dem weiten Wege von Genf nach Danzig manches „verloren gehen“ könnte, verdächtigen in schwerer Weise den Senatspräsidenten, daß er und der Senat sich an die gefassten Beschlüsse nicht halten, sondern sie — zum mindesten einige davon — als verloren gegangen betrachten könnte.

Da anzunehmen ist, daß der Senat eine derartige Untersuchung zur Sache und die Art dieser Berichterstattung in keiner Weise billige, fragen wir den Senat und ersuchen um Auskunft:

1. Welche Maßnahmen sind ergriffen worden, um die Verbreitung dieser das Ansehen der Regierung und des Staates schwer schädigenden Ausführungen zu unterbinden?
2. Welche Sicherungen sind getroffen worden, um eine Wiederholung solcher oder ähnlicher Ausführungen unmöglich zu machen?
3. Welche Schritte sind gegen den verantwortlichen Schriftsteller eingeleitet worden, um ihn für die von ihm gemachten unvorsichtigeren Ausführungen zur Rechenschaft zu ziehen?

## Präsident Greifer bei der polnischen Staatsjagd

### In Bialowiec

Der Danziger Senatspräsident Greifer wird, wie D. N. D. meldet, in Begleitung seines Adjutanten, Major Petzke, an der polnischen Staatsjagd teilnehmen, die am 14. und 15. d. Mtz. in Bialowiec in den Karpaten stattfinden wird.

## Wieder eine Unterschlagung

Die langjährige Kassiererin Ella Feldt der Danziger Bezirksverwaltung der Lebensversicherung Woythale hatte die Pflicht, Ende jeden Monats die einkassierten Beiträge abzurechnen. Da sie jedoch keine Freundin der Ehrlichkeit ist, hat sie diesmal nicht ihre Verpflichtung eingehalten können. Sie ist plötzlich verschwunden und mit ihr annähernd 500 Gulden, die sie bei Versicherern einkassiert hatte. Sie hält sich in Polen auf und hat von dort ihrer früheren Firma mitgeteilt, daß sie das „verlorene Geld“ in Raten abzahlen werde. Die F. war eine begüterte Anhängerin des Nationalsozialismus. Vermerkenswert ist bei dieser Angelegenheit noch, daß dies nicht der erste Fall von Unregelmäßigkeiten ist.

**Rotwein . . . 2.25**  
Liter

**Woythaler**

Danzig, Hundegasse 15 Langfuhr, Ad.-Hitler-Strasse 64

Das Überfallkommando mußte kommen. Der SA-Mann Rudolf Orzechalla, wohnhaft Bürgerwiesen, Sandweg, kam gestern schwer betrunken nach Hause. Er fühlte sich anscheinend sehr stark, machte Krach und bedrohte seine Familie, die flüchten mußte. Das herbeigeholte Überfallkommando nahm Orzechalla mit, weil er eine Gefahr für seine Urmachung bildete.



# Aus aller Welt

Das Geld als Sanddepot

## Singzeuganfall über München

Drei Tote, drei Schwerverletzte

Am Donnerstagnachmittag gegen 16 Uhr stießen zwei Flugzeuge in etwa 1200 Meter Höhe nördlich von München zusammen. Durch den starken Nordwind wurden die beiden Flugzeuge über München abgetrieben. Die Besatzungen, je ein Pilot, sprangen mit Fallschirmen ab und konnten dem Vernehmen nach, der eine in der Goerzstraße, der andere am Viktualienmarkt verhältnismäßig wohlbehalten zur Erde kommen. Das eine Flugzeug fiel in den Straßenzug Kaufinger-Neuhäuserstraße, gegen den Giebel der Alten Akademie und stürzte dann auf die belebte Straße herab. Es bohrte sich mit der Spitze tief in das Pflaster und ging sofort in Flammen auf. Das Flugzeug zerriss die Oberleitung der Straßenbahn, wodurch auf Stunden der Straßenbahnverkehr in dem ganzen Viertel lahmgelegt wurde und Kurzschluss eintrat. Die Feuerwehr griff die Flammen mit Schaulöschern an und beseitigte die Brandgefahr. Von dem Flugzeug blieben verbeulte Metallstücke und verbrannte Reste zurück. Das andere Flugzeug stürzte in der Parivalstraße in der Nähe des Schwabinger Krankenhauses zur Erde und wurde ebenfalls vollständig zerstört.

Bei dem durch Flugzeugabsturz verursachten schweren Unfall in München wurden der 16jährige Sohn eines Verwaltungsinspektors aus München, Siegfried Hestain, und eine ältere Frau, deren Persönlichkeit noch nicht ermittelt ist, getötet. Außerdem verstarb von vier Schwerverletzten Personen die Schlosserfrau Anna Schröder aus Freimann bei München. Drei Schwerverletzte liegen in der chirurgischen Klinik. Sie sind alle drei in München oder dessen näherer Umgebung wohnhaft.

## Ein weiteres Eingeständnis Seefelds

Zeugen erkennen ihn wieder

Am Schluß der Donnerstagverhandlungen im Mordprozeß Seefeld hielt der Vorsitzende dem Angeklagten eindringlich die gesamten schwerwiegenden Verdachtsmomente vor, die sich wiederum gegen ihn ergeben haben. Zunächst sind da die Zeugen, die Seefeld mit dem kleinen Zimmermann zusammen gesehen haben und ihn alle bestimmt wiedererkennen. Hinzu kommt der außerordentlich belastende Umstand, daß Seefeld früher stets überhaupt bestritt, am 23. Februar 1935 in Schwerin gewesen zu sein. Damals wollte er auch den Schüler K. nicht kennen. Als dann K. bekundet hatte, daß er den Angeklagten bestimmt getroffen habe, gestand Seefeld ein, in der fraglichen Zeit in Schwerin gewesen zu sein. Weiter hält der Vorsitzende dem Angeklagten in diesem Zusammenhang die bezeichnende Tatsache vor, daß Seefeld in der Wohnung, in der Zimmermann gefunden wurde, bereits früher an anderen Anaben Sittlichkeitsverbrechen begangen hatte.

„Schließlich“, sagt der Vorsitzende, zum Angeklagten gerichtet, „sind Sie am 23. 2. gegen 17 Uhr gesehen worden, diesmal war aber der kleine Zimmermann nicht mehr bei Ihnen. Auch einige Tage später haben Sie sich noch in der Gegend dort herumgetrieben und sind mehrfach beobachtet worden.“

„Nun sagen Sie Seefeld“, erklärt der Vorsitzende mit erhebener Stimme, „wo sind Sie mit dem Jungen geblieben?“

Angeklagter: „Meine Person kommt nicht in Frage.“

Vorsitzender: „Wenn das Gericht den Zeugenaussagen Glauben schenkt, und ich nehme das an, dann ist die Sache sehr einfach für Sie. Es gibt nur eine Erklärung: Sie haben ein schlechtes Gewissen, weil Sie den Jungen umgebracht haben. Dieser eine Schluß ist nur möglich.“

Angeklagter: „Ich komme nicht in Frage. Die Kinder, mit denen ich zusammen war, leben alle noch.“

Auch auf weitere Vorhalte bleibt Seefeld bei seiner alten Verteidigungstaktik.

Vorsitzender: „Es können sich vielleicht ein oder zwei Zeugen irren, aber doch nicht so viele. Sie können doch diese ganzen Aussagen nicht mit Ihrer händigen Redensart aus der Welt schaffen!“

Ein weiterer Zeuge bezeugte dem Angeklagten unmittelbar danach, als die vorige Zeugin die Helmen aus den Augen verloren hatte. Auch hier war Seefeld in Begleitung eines kleinen Jungen. Als die ersten Bilder Seefelds in der Zeitung erschienen, erinnerte der Zeuge sich an diese Begegnung, die ihm damals besonders aufgefallen war. Er sagt mit voller Bestimmtheit: „Ja, der Angeklagte ist der Mann, den ich damals gesehen habe.“

Vorsitzender: „Das ist der zweite Zeuge heute, der Sie wiedererkennt.“

Angeklagter: „Meine Person kommt nicht in Frage.“

Vorsitzender: „Denken Sie sich doch einmal etwas anderes aus, als den dummen Schmach: Meine Person kommt nicht in Frage.“

Auch weitere Zeugen, die dann gehört werden, haben den Angeklagten getroffen und erkennen ihn genau wieder. Einem Zeugen fiel das ungleiche Paar besonders auf, und er mußte den alten Mann deshalb ungenügend scharf. Der Alte grüßte darauf mit „Guten Tag“. Der Zeuge erwiderte den Gruß und fragte, wie es komme, daß der Junge nicht in der Schule oder mit der Hitlerjugend unterwegs sei; es sei wohl der Opa zu Besuch. Der Mann antwortete für den Jungen mit: „Ja“. Mein Inneres sagte mir: Hier ist etwas nicht in Ordnung“, befandete der Zeuge, „und ich wollte den beiden schon nachsehen, dann wurde ich aber doch davon abgehalten, und der Alte verschwand mit dem Kinde.“ Auch dieser Zeuge erkennt Seefeld mit voller Sicherheit wieder.

Alle diese Zeugen erhärteten ihre schwer belastenden Aussagen mit ihrem Eide. Der Angeklagte antwortete auf alle Vorhalte mit seiner händigen verlogenen wirkenden Redensart: „Das kommt für meine Person nicht in Frage.“

## Winterkälte fordert 500 Todesopfer

Die Kälte, unter der Nordamerika seit drei Wochen leidet, nimmt Formen eines sibirischen Winters an. Seit Jahrzehnten ereignete sich in Amerika kein derartiger Sturz der Temperatur. Heftige Blizzards suchten den Mittelwesten heim. Der gesamte Auto- und Eisenbahnverkehr von Rocky Mountains bis zu den Alleghenies wurde lahmgelegt. Die Schneefürne erreichten im Staate Michigan eine Geschwindigkeit von 100 Stundenkilometer. Die Polizei spannte Seile über die Straßen. Diese wurden von den Passanten als Hilfe benutzt. In Michigan, Illinois und Wisconsin sind Straßen und Eisenbahnstrecken durch Schneewehen 4-8 1/2 Meter tief unter den gewaltigen Schneemassen begraben.

In vielen Städten des Mittelwestens sind die Nahrungsmittel bereits knapp geworden. Die Fleisch- und Eierpreise schneellen in die Höhe. Besonders der Milchmangel nimmt weiter zu. In den Großstädten mußten die Schulen geschlossen werden.

In Chicago treffen die Züge mit Verspätungen bis zu 24 Stunden ein. Seit Besuchen der Bahnen, so erklären die Behörden, sind derartige Verkehrsstörungen nicht aufgetreten. Bei Jackson im Staate Wisconsin froz am Montag in Schneewehen ein Schnellzug ein. 89 Fahrgäste konnten erst am Mittwochabend aus den vereisten Wagen befreit werden. In Nordalota im Staate Minnesota sind zwei Güterzüge eingeschneit. Sie konnten bisher nicht erreicht werden. In der Hauptstadt des Staates Iowa, Des Moines, herrscht starker Kohlenmangel. Der Zugverkehr wurde beinahe völlig eingestellt.

Der Kälte sind bisher 500 Personen zum Opfer gefallen. Die Temperaturen bewegen sich zwischen 22 und 23 Grad Celsius minus. Im Süden und an der Pazifikküste dagegen ist Schneeschmelze eingetreten. Es droht Hochwassergefahr.

## Kateten-Erfinder Gerhard Zuder

In Cuxhaven verhaftet

Der 37jährige Gerhard Zuder, der sich seit einiger Zeit im Stadteil Duhnen bei Cuxhaven aufhielt und Personen zur Hergabe größerer Geldmittel veranlaßt hat, wurde von der Polizei verhaftet. Zuder gab sich bekanntlich im Jahre 1933 als Erfinder der leuchtbaren Katete aus und wußte seine Zeit im Duhner Watt zu verbringen, die jedoch völlig mißlungen. Auch im Auslande war Zuder als Erfinder aufgetreten, dort hatte er ebenfalls Schiffbruch erlitten.

Sie ist darin sehr anders als manche Stars, vor allen Dingen weibliche, die einen armen Reporter mit einer Flut von tiefinnigen Banalitäten überschütten. Sie hört aufmerksam auf jede Frage zu, überlegt, bevor sie antwortet, und was sie sagt, hat immer Hand und Fuß und ist gar nicht auf Sensation abgestellt.

Wir sprachen zuerst über die Wandlungsfähigkeit einer Künstlerin, die in verschiedenen Rollen ganz verschiedene Menschen darstellen muß.

„Ich habe versucht“, sagte Marlene, „in jedem meiner Filme so verschieden wie möglich zu sein. So weit wie möglich, wollte ich die Gestalt darstellen, die der Film zum Leben erweckt, und nichts liegt mir ferner, als mich immer wieder selbst zu spiegeln.“

Allerdings möchte ich immer dem Zuschauer das Bild der Schönheit geben. Ich habe von Sternberg gelernt, daß das das Wesentliche ist, was das Publikum in meinen Filmen sucht. Und ich möchte vor allem diese Sehnsucht nach Schönheit befriedigen.

Sie sagen, daß es verschiedene Arten von Schönheit gibt. Ich bin nicht Ihrer Meinung. Es gibt nur verschiedene Auffassungen von Schönheit. Die Amerikaner und die Europäer machen sich zum Beispiel ganz verschiedene Begriffe darüber, was schön ist. Aber das Verständnis für Schönheit, die Möglichkeit, Schönheit zu erleben, ist die gleiche in der ganzen Welt.“

Ich fragte, ob Marlene nicht der Meinung sei, daß gerade die Darstellung der Schönheit im Film sehr viel verliert, solange sie nicht farbige ist.

„Nein“, sagte Marlene, „ich bin ganz und gar nicht begeistert vom Farbentum, obwohl es natürlich schön wäre, die ganze Bunttheit des Lebens zu erhalten. Ich habe versucht, Schattierungen zu verwenden, die als Versuch interessant sind, aber die Photographie viel zu unendlich macht.“

Ich glaube persönlich, daß, wie bei alten Gradüren, die Schwarz-Weiß-Technik vollkommen ausreicht, um die Schattierungen zu erzeugen, die man braucht. Und vor allem ist der Farbfilm technisch noch nicht auf der Höhe, so daß man drüber eigentlich gar nicht reden kann. Zum Beispiel hat man noch keine Möglichkeit, die wirkliche Farbe der Haut wiederzugeben, und das ist das Wichtigste.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Mienerpiel eines bewegten Bildes dadurch verschönt und ausdrucksvoller wird, wenn es übermäßig erhellbar. Gerade das Schwarz-Weiß und die Schatten erhöhen die Ausdruckskraft.“

Und während sie dies sagte, konnte ich mich von der unendlichen Ausdrucksfähigkeit ihres Gesichtes überzeugen und trotzdem ihre Meinung in vielem richtig ist, ist es doch schade, daß die Kinobesucher nur den Schatten von ihr auf der Leinwand sehen.

Am Mittwoch wurde die Verlin r Kriminalpolizei in eine Wohnung in der Brunnenstraße gerufen, wo angeblich eine 37jährige verarmte Frau tot in ihrem Bett liegen sollte. Der 87 Jahre alte Stiefvater, der mit der Verlin seit langem zusammen wohnte, sollte an dem Tode nicht ganz unmaßgeblich sein. Der Kriminalbeamte stellte fest, daß die Frau nicht gestorben, wohl aber buchstäblich im Schmutz fast verkommen war. Es wurde nun die unvermeidliche Überführung der halbverrotteten Verlin ins Krankenhaus angeordnet.

Der Stiefvater, der sich in ähnlich verkommenem und krankem Zustand befand, gab an, zur Deckung der erforderlichen Unkosten sein Geld zu besitzen. Als man jedoch näher in ihn drang, machte man eine sonderbare Entdeckung. Nicht nur in den Taschen seines Rockes, sondern auch auf seinem Pelze, im Domb, in den Unterhosenfalten, ja sogar im Taschentuch versteckt, fand man überall Geld in Tüten und in selbstgefertigten Geldbeutelchen. Kupfer, Kleingeld und Scheine im Werte von etwa 2500 Rmk. Bei der Durchsichtung der Kleider der Stiefmutter im Krankenhaus wurden ebenfalls 500 Rmk. entdeckt, die die Verlin unter der zerlumpten Wäsche auf dem Körper getragen hatte. Als man daraufhin die Wohnung der beiden etwas näher in Augenschein nahm, kam noch mehr Geld zum Vorschein, darunter einige tausend Pfennigstücke, ferner haufmächtige gebündelte Notizen und einige Pakete 20- und 50-Marktscheine und Dollarnoten im Werte von 1 und 5 Dollar. Es dürfte sich insgesamt um etwa 9000 Rmk. handeln, die zunächst polizeilich sichergestellt wurden. Die Ermittlungen über die Herkunft des Geldes werden von der Kriminalpolizei fortgesetzt, zumal noch nicht erwiesen ist, ob die beiden Personen im Vollbesitz ihrer Geisteskräfte sind.

Hinrichtung in Duisburg. Am 6. Februar 1936 ist in Duisburg der am 9. Juli 1910 geborene Gerhard Naas aus Arnhem bei Wesel hingerichtet worden, der vom Schwurgericht in Duisburg wegen Mordes zum Tode verurteilt worden ist. Naas hatte die Mäherin Luwine Marien, der er die Ehe versprochen hatte, ermordet, um sich seinen bedürftigen Vaterpflichten zu entziehen, und hat sie auch nach der Ermordung beraubt.

Die Mutter ermordet. Am 3. Februar wurde die alleinlebende 49 Jahre alte Emilie Zehner in Mannheim in ihrer Wohnung, am Türpfosten hängend, von ihrem Sohn tot aufgefunden. Verschiedene Umstände ließen Zweifel an einem Selbstmord aufkommen. Die Ermittlung der Kriminalpolizei führte schließlich zur Festnahme des Sohnes, der nach fast fünfständigem Verhör eingestand, seine Mutter nach einer Auseinandersetzung am Türpfosten aufgehängt zu haben.

## Aus dem Osten

### Blinde Passagier tödlich verunglückt

Als der Schnellzug Warschau-Öbgingen auf der Station Laszowick hielt, wurde auf dem Dach eines Waggons ein besinnungslos in seinem Blute liegender Mann bemerkt. Der sofort herbeigerufene Stationsarzt stellte einen Schädelbruch, sowie ein zerquetschtes Rippenbein fest. In hoffnungslossten Zustände wurde der verletzte Mann nach Bromberg in ein Krankenhaus geschafft. — Man hat mittlerweile die Personalkosten des Verwundeten ermitteln können. Es handelt sich um den 21 Jahre alten Tischlergesellen Josef Szuba aus der Ortschaft Cholojowo in der Wojewodschaft Larnopol, der als blinder Passagier eine Reise von Kleinpolen nach Öbgingen unternommen wollte, um sich hier nach einer Arbeitslosigkeit umzusehen. Zwischen den Stationen Terespol und Laszowick, als sich der Zug in voller Fahrt befand, kam er in Verührung mit einem der Eisenbahnabfahnde und wurde hierbei tödlich verlegt.

### Wochenmarktpreise in Dirschau

Auf dem Wochenmarkt in Dirschau wurden folgende Durchschnittspreise notiert: Molkereibutter 1. Sorte 1,40-1,60 Floty, Landbutter 1,10-1,30 Floty, Eier 1,20-1,40 Floty pro Mandel, Eibchen 50 Gr. pro Stück, Kartoffeln 3 Gr. pro Pfund, Zentner 1,80-2,00 Floty, Scheite 0,60 Floty, Gerste 1-1,20 Floty, Reunungen 50 Gr. pro Pfund, frische Gerste 4 Pfund 1,00 Floty, Serringe 8-12 Stück 1,00 Floty, getrocknete Serringe Stück 25 Gr., Büchlinge 15-30 Gr. pro Stück, Sprossen 30 Gr. pro Pfund, Dreilings 12 Pfund 1,00 Floty, Gänse 70-75 Gr., Enten 85-90 Gr. pro Pfund, Suppenhühner 1,20-3,00 Floty, Puten 3,50-4,50 Floty pro Stück.

### Schüler beraubt seine Schule

Vor dem Königsberger Schöffengericht stand der 20jährige Berndt Salewski, der in der Anklageschrift noch als „Schüler“ bezeichnet wurde. Dem Diebstahl, ein Betrag und eine Urkundenfälschung wurden ihm zum Vorwurf gemacht. Er war Schüler der oberen Klassen einer Königsberger Oberschule. Eines Tages stahl er aus der Schule zwei Mikroskope und trug sie zu einem Händler. Dieser kaufte ihm nur das eine ab, das andere behielt er zum kommissionarischen Verkauf. Den Kommissionschein fälschte Salewski mit der Unterschrift eines Freundes. Dem Händler stellte er noch ein größeres Mikroskop in Aussicht; aber dieses konnte er nicht mehr liefern.

Als die Klasse einen Ausflug nach Joppot machte, bestahl Salewski beim Überqueren eines Lehrers um fünf Gulden. Zu den Wohnungen zweier Freunde, eines Studenten Günther und eines Lehrlings Georg, hatte er Schlüssel, mißbrauchte aber deren Vertrauen und bestahl sie. Auch der Stiefvater des einen mußte feststellen, daß ihm zweimal 60 Mark entwendet waren.

Der Staatsanwalt prophezeite in seiner Anklagerede dem jungen Verbrecher eine „große Zukunft“ und beantragte ein Jahr vier Monate Gefängnis. Das Urteil des Gerichts lautete auf zehn Monate Gefängnis. Als der Vorsitzende dem Angeklagten die übliche Rechtsbelehrung gab, daß er Berufung gegen das Urteil einlegen könne, falls ihm die Strafe zu hoch erschiene, sagte Salewski: „Ich höre aus dem Urteil, daß ich auch zu den Kosten verurteilt bin; wie hoch sind diese?“

### Das Schicksal eines jüdischen Reisenden

Im Herbst vorigen Jahres kam der jüdische Reisende Schweizer aus Berlin als Vertreter einer Frankfurter Firma zu einem Kaufmann nach Dornau. Während des Verkaufsgesprächs kam man auch auf die Politik, und der Kaufmann ließ sich bei einer Zigarette aus Berlin erzählen. Der Jude glaubte, da er vom Kaufmann wußte, daß er nicht Pa. ist, seinem Herzen Luft machen zu können. Der Kaufmann hörte andächtig zu. In buntem Wirbel gab der Reisende seiner abfälligen Ansicht über Mitglieder der Regierung, über die Sozialpolitik usw. Ausdruck und bekundete namentlich sein Mißfallen über die Passengesetzgebung. Nur die Wiederherstellung der Pressefreiheit hielt der Reisende für „jüdisch vernünftig“. Schließlich erzählte er, daß er schon im Konzentrationslager gewesen sei, was jedoch nicht stimmt. Schweizer verließ dann die Stätte seiner Wirksamkeit. In einem Hotel in Bartenreir aber wurde er verhaftet. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr und sechs Monate Gefängnis, das Gericht erkannte gegen den 27jährigen Angeklagten auf ein Jahr und drei Monate.

## Besuch bei Marlene Dietrich

Von Luis Alonso

Ich habe die „wahre Marlene“ gesehen und gesprochen. Die Begegnung mit ihr ist wirklich ein Erlebnis. Besonders wenn man sie früher nur im Film gesehen hat. Denn man kann sich von Marlene, wie sie wirklich ist, nach ihren Filmen nicht die geringste Vorstellung machen, und erst wenn man sich eine Stunde mit ihr unterhalten hat, weiß man, wie sehr sie im Grunde einfach und bescheiden ist, man ist erstaunt über die Richtigkeit ihrer Urteile und über die natürliche Klugheit.

Ich habe schon immer versucht, von Marlene empfangen zu werden. Es hat monatelang gedauert, bis es dazu kam, denn Marlene ist die Frau, die man in Hollywood nirgends und niemals erwischen kann. Denn entweder hat sie zu tun, und dann widmet sie jeden freien Augenblick der Arbeit, oder aber sie ist frei, und dann zieht sie sich vollkommen zurück.

Immerhin habe ich das Glück gehabt, daß mich ihr Sekretariat anrief und mich auf eine Stunde später beistellte. Mein Auto hielt pünktlich vor ihrer Villa. Aber kaum war ich angefahren, als ein riesenhafter Mann, dem man sofort den Defektiv anlah, auf mich zukam. Er ließ mich nicht eher aussteigen, bis ich meinen Namen genannt hatte. Und dann sagte er fast erlautet: „Tatsächlich, Miß Dietrich erwartet Sie.“

In der Halle nimmt einen der Butler in Empfang, der einen ebenfalls von Kopf bis Fuß umhert. Mir fiel als erstes ein ungeheuer großer weißer Eisbärteppich auf. Bevor ich mich noch umsehen konnte, kam die Sekretärin Miß Duvers und führte mich durch eine Reihe von Zimmern, die alle sehr modern mit weißen Möbeln eingerichtet waren.

Dann erschien sie. Marlene trug ein weißes Pjama, das ihre wundervolle Gestalt voll zur Geltung brachte. Diese Erscheinung, in den Strahlen der Morgenröte, ist tatsächlich unparadiesisch. Ich finde kein anderes Wort dafür, als das skottische „glamour“, das eine unwirkliche Schönheit von seltsamem Reiz bezeichnet.

Marlene lud mich ein, Platz zu nehmen und setzte sich selbst. Und was hatte ich Gelegenheit, ihre berühmten und klassisch schönen Beine zu bewundern. Ich gestehe, daß ich einige Momente so verwirrt war, daß ich ärgerte, die Fragen zu stellen, die den Inhalt meines Interviews bilden sollten.

In diesem Zusammenhang muß man wissen, daß Marlene Internier v. sabiebat. Sie spricht nicht viel, und sie zieht es vor, lieber zuzuhören und ihren Partner zu beobachten.



### Die Staatsverfassung in Deutschland

#### Bekleidene Grundgesetze als Notbehelf?

Das Dritte Reich hat kein Grundgesetz, wenn unter ihm die Verfassung verstanden wird. „Der Führer hat“, schreibt Staatssekretär Dr. Studart vom Innenministerium, „bewußt davon Abstand genommen, dem Reich eine geschriebene Verfassung zu geben.“ Maßgebend sei allein der Zustand des Staates, seiner inneren Einheit und seiner Ordnung nach. Deshalb habe Hitler in einer der Gesamtsitzungen und dem jeweiligen Bedürfnis angepaßten „organischen und legalen Fortentwicklung den deutschen Einheits-, Führer- und Volkshaar entziehen lassen.“

Als die Verfassung des Dritten Reiches sei „die politische Grundordnung des deutschen Volkes“ zu betrachten. Das ergebe sich freilich nicht aus einer Urkunde, sondern aus einer Reihe von grundlegenden Gesetzen und vor allem aus den zum Gewohnheitsrecht gewordenen staatsrechtlichen Grundansatzungen des Nationalsozialismus. Es gibt also, vom europäischen Rechtsstandpunkt aus betrachtet, kein Staatsgrundgesetz im neuen Deutschland. Gesetze allein können die Verfassung nicht ersetzen; denn normalerweise können sie selber ja nur auf der Grundlage einer Verfassung, deren Bestimmungen und deren Sinn entsprechend, geschaffen werden.

Von solchen, auf immer veralteten Anschauungen — nach den obigen Darlegungen — will man im Dritten Reich nichts wissen. Man begnügt sich — und glaubt damit auf alle Zeit die Garantie der gleichgerichteten Grundgesetze zu besitzen — mit der nationalsozialistischen Bestandsaufnahme, die als „Grundlage der Existenz und der Organisation des Deutschen Reiches“ bezeichnet wird. Aber trotzdem wird man sich erinnern, daß vor einem Jahre etwa, die Frage einer neuen Verfassung stark diskutiert worden ist. Die Vorarbeiten schienen damals schon weit gediehen zu sein, doch scheint man den Gedanken nicht weiter getrieben zu haben. Die verschiedensten Gründe sprachen da mit.

Staatssekretär Studart erwähnt dann weiter einige Punkte, die als Verfassungsgrundlagen gelten; darunter auch: „Das Reich ist ein sozialistischer Staat. Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Was der Volksgemeinschaft nützt, ist recht, was ihr schadet, unrecht.“

Nach Rechtsauffassungen herkömmlicher Art sind solche Punkte zwar geeignet, in einem Programm, z. B. der Partei, zu stehen, aber sie reichen nicht aus, um einem Volk von 65 Millionen die sichere Grundlage seiner rechtlichen Lebensmöglichkeiten und Geborgenheit zu geben. Das erweist sich schon heute, wo man über die neuen Rechtsgrundlagen, besonders über den sehr auseinandergehenden Begriff des „gebundenen Volksempfindens“ selbst in nationalsozialistischen Juristenkreisen schwere Bedenken hegt. Einige kritische Betrachtungen in der „Frankfurter Zeitung“ waren sehr bezeichnend und sorgenvoll. Aber Staatssekretär Studart schreibt weiter, es gäbe eine Reihe von Staatsgrundgesetzen, die wichtige Bestandteile der nationalsozialistischen Sonderverfassung seien, und er führt zunächst das Ermächtigungsgesetz an. Es ist bekanntlich unter Ausschluß der Kommunisten im Reichstagsgebäude am 23. März 1933 beschlossen worden. Die formale Rechtsgültigkeit stellt Studart nicht zur Debatte, weil es für ihn erwiesen hält.

Als weitere Staatsgrundgesetze werden genannt: das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches, die Reichsstatthaltergesetze, das Gesetz über das Staatsverbot der Deutschen Reiches, die Wehrgesetze, das Reichsbürgergesetz, das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, die deutsche Gemeindeordnung und das Flaggengesetz.

Das Staatsgrundgesetz in der Einzahl — das ist die Verfassung, eben das Grundgesetz. Im Dritten Reich gibt es demnach Grundgesetze in der Mehrzahl. Im jetzigen Deutschland ist alles Wesentliche auf allen Gebieten immer noch im Fluß, und so hat man den Eindruck eines Stromes, dessen Dämme kaum höher sind als die Köpfe der Stützen. Niemand kann darüber Sicheres sagen, ob die Stützen nicht eines Tages übertritten. Der Ueberraschungen waren schon sehr viele in den drei Jahren nach der nationalsozialistischen Machtübernahme; man wird mit weiteren rechnen müssen.

### Der Fall Eva Brodó

#### Wie eine sechzigjährige Sozialdemokratin von der G.P.U. behandelt wird

In der internationalen sozialdemokratischen Presse wird folgender Bericht veröffentlicht:

Im November 1927 ging die alte Sozialdemokratin Eva Brodó, Mitglied des Zentralkomitees und der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns (Menschewiki), Vertreterin dieser Partei im Internationalen sozialistischen Frauenkomitee, illegal nach Ungarn, um dort mit den menschenwürdigen Parteigruppen in Verbindung zu treten. Sie ging illegal, weil keine Ausfahrt und keine wie immer geartete Möglichkeit bestand, von der Sowjetregierung einen Paß und ein Einreisevisum zu erhalten. Und auch die Parteiorganisationen der Menschewiki, zu denen sie fuhr, waren illegal.

Nach wenigen Monaten wurde Genossin Brodó durch einen Propagateur, den die G.P.U., die allmächtige Geheimpolizei, in die Reihen der illegalen Menschewiki eingeschmuggelt hatte, verraten und von der G.P.U. in Haft verhaftet. Auf einfache Verfügung der Polizeivorgänger wurde Genossin Brodó zu drei Jahren Einzelhaft in der berühmten „Folterkammer“ von Szudal verurteilt. In vollständiger Isolation von der Außenwelt und selbst von den im gleichen Gefängnis befindlichen Genossen, in einer kalten und feuchten Zelle, wurde die tapfere Frau, die damals schon weit über fünfzig und Großmutter war, drei Jahre lang gehalten. Wiederauftreten ihres alten Lungenleidens und Rheumatismus waren die Folgen dieser Behandlung. Als aber die Frist abgelaufen war und Genossin Brodó freigesetzt werden sollte, bekam sie ein neues „Urteil“: Fünf Jahre Verbannung!

Diese fünf langen Jahre verbrachte Genossin Brodó in Parkesan in der Stadt Taschkent. Tausende von Kilometern von den Freunden, von den Genossen und der Familie entfernt, in vollständiger politischer und menschlicher Vereinsamung, unter dem trockenen Klima leidend, sich recht und schlecht, als miserabel schlecht bezahlte Angestellte einer Anstalt vor dem Verhungern schwebend. Ihre einzige Hoffnung war, nach Ablauf der Frist wieder nach dem europäischen Kontinent, ja, vielleicht nach Europa zu ihren Angehörigen zurückkehren zu können. Diese Hoffnung wurde bekräftigt durch die Bemühungen ihrer ausländischen Freunde, insbesondere der sozialistischen Frauen Englands und einiger einflussreicher Politiker in Frankreich und in anderen Ländern. Die bei der Sowjetregierung wiederholten wegen Befreiung der tapferen Sozialistin Vorstellungen erfohlen. Die ausländischen Genossen, die auf einen Erfolg ihrer Interventionen gehofft hatten, haben jedoch die G.P.U. falsch eingeschätzt. Die Genossin Brodó hat nicht nur das unerbittliche Verbrechen der internationalen Sozial-

demokratie anzugehören, sie hat noch Schlimmeres verbrochen: sie hat sich erlaubt, auch im Gefängnis und in der Verbannung ihren Idealen treu zu bleiben.

Dafür trifft sie jetzt die Strafe der G.P.U. Als ihre Verbannungfrist im Januar d. J. abließ, bekam sie ein neues Verbannungsurteil. Sie soll für weitere fünf Jahre in die Verbannung gehen, und zwar diesmal nach Ula in der Dyratan-Republik an der mongolischen Grenze. Taschkent ist wenigstens eine Stadt, es liegt an der Eisenbahn. Ula ist ein kleines Nest, 150 Kilometer von der nächsten Eisenbahnstation entfernt. Nur einmal in der Woche gibt es da Post. Um von Taschkent nach Ula zu gelangen, ist eine komplizierte Eisenbahnreise von 7 bis 8 Tagen nötig.

Wie schon gesagt, Genossin Brodó ist eine alte Sozialdemokratin. Sie steht in der Arbeiterbewegung seit Mitte der neunziger Jahre, also seit 40 Jahren. Sie war unter dem Zarismus mehrere Male eingekerkert und verbannt. Ihre Erinnerungen aus jener Zeit sind unter dem Titel „Erinnerungen der Revolution“ in Deutsch und anderen Sprachen im Auslande und in russischer Sprache 1928 im Sowjetverlag in Moskau erschienen. Jetzt soll diese mutige und charakterfeste 60jährige Revolutionärin in ununterbrochener Verbannung und Inhaftierung müde gemacht werden. Acht Jahre Verbannung sind der G.P.U. nicht genug, neue fünf Jahre unter verschärften Bedingungen werden ihr zu diktiert. Für die Sowjet Herrschaft ist dieser Fall alles andere als ein Ruhmesblatt.

### Maßnahmen gegen die Presse

#### Befugnisse und Verschmelzungen — Die Lage der katholischen Presse

Die viel erörterte Ammannsche Presseverordnung steht unablässig weitere Kreise. Die Münchener Neuesten Nachrichten, früher Eigentum einiger bayerischer Industriellenfamilien, sind von einem zum Erwerb von Besitzrechten an Zeitungsunternehmen gegründeten Dachorganisation der NSDAP. aufgekauft worden. Die Veräußerung der beiden großen bürgerlichen Zeitungskongresse Sud und Girardet ist so gut wie vollendet, nachdem der Großteil ihrer gut gehenden Provinzialblätter, von denen fast alle eine Auflagenhöhe von mehr als 100 000 besitzen, unter verschiedenen Varianten in nationalsozialistische Hände übergegangen sind. So hat Sud den „Stettiner Generalanzeiger“ und seine Anteile am „Schüttgarter Neuen Tagblat“, an den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ und am „Hannoverschen Anzeiger“ abtreten müssen. Geblieben sind ihm nur die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ sowie die „Halleischen Nachrichten“, die der Hauptverleger seinem Sohn übertragen hat, um den Vorarbeiten zu entsprechen, wonach eine private Firma nicht an mehr als einem Ort Zeitungen herausgeben darf.

Dem Girardet-Kongress ist die große Einnahmen abmergende „Öffener Allgemeine Zeitung“ verloren gegangen. Er besitzt noch die „Düsseldorfer Nachrichten“ und den „Wuppertaler Generalanzeiger“, steht aber davor, eine dieser Zeitungen auch noch verkaufen zu müssen. Der alle Bremer Zeitungsvorlag Schinemann, dessen „Bremer Zeitung“, ein Organ des gebildeten Bürgertums, nach neunzigjährigem Erscheinen eingegangen ist, wehrt sich noch gegen die Fusionierung der dem Verlag übrig gebliebenen „Bremer Nachrichten“ mit dem nationalsozialistischen Volksblatt. In Köln führt der Verlag Dumont-Schauberg unter immer schwierigeren Verhältnissen den Kampf um die Existenz der „Kölnischen Zeitung“, die nicht die gleiche Stellung wie die von Berlin anerkannte „Frankfurter Zeitung“ genießt.

Dem Verleger des „Michael“ in Düsseldorf, des meistverbreiteten Organs der katholischen Presse in Deutschland, ist die Verlegerkarte entzogen worden. Ueberhaupt trifft die Ammannsche Verordnung die katholische Presse besonders schwer. Inbald und selbst Ingerate müssen sich den Anordnungen anpassen. Die Bewegungsfreiheit ist auf einen ganz enghemeren Raum beschränkt. Durch den Ausschluß aus der Reichspressekammer ist das Erwerben des „Michael“ — er hat noch eine Auflage von rund 800 000 Exemplaren — unmöglich gemacht. In dem Schreiben der Reichspressekammer wird als Begründung angegeben, daß der „Michael“ in keiner Weise den Forderungen der nationalsozialistischen Kultur- und Weltanschauungsarbeit gerecht würde. Weil der „Michael“ in seinen Beiträgen und publizistischen Aufstellungen sozusagen Gemischtes rein sei von jedweden nationalsozialistischen Gedankengut, könne ein weiteres Erscheinen des Blattes nicht mehr geduldet werden.

Es ist bezeichnend für die gespannte Lage, daß die Blätter im Reich das Verbot des „Michael“ nicht melden, ganz zu schweigen von der Tatsache, daß auch die merkwürdige Aufklärungsbegründung nicht an die Öffentlichkeit kommt.

Man darf gespannt sein, wie der deutsche Episkopat und vor allem der Vatikan diese Maßnahme aufnehmen wird. Im übrigen wird die Verbotsbegründung des „Michael“ wohl auch einiges Licht in das Dunkel jener Maßnahmen, die in letzter Zeit gegen andere katholische Zeitschriften getroffen wurden.

### Objektiv betrachtet — aber unterdrückt

#### Wie der „Völkische Beobachter“ Auslandskritiken zitiert

Durch die niederländische Presse geht die folgende Nachricht: In der Dezembernummer des „Haagsche Raandblad“ (Haagische Monatshefte) erschien aus der Feder des Redakteurs Dr. W. M. Westerman ein ausführlicher Artikel unter dem Titel „Licht und Schatten in Deutschland“, in dem der Verfasser, nachdem er auf Erfolge verwiesen hatte, welche nach seiner Meinung dem heutigen Regime in Deutschland anerkannt werden müssen, scharfe Kritik an der deutschen Judenpolitik übte. Der „Völkische Beobachter“ vom 18. Dezember v. J. brachte eine ausführliche Uebersicht über diesen Artikel unter der Überschrift: „Ein holländisches Urteil über das Dritte Reich.“ Es wird darin mitgeteilt, daß bei der sehr subjektiven Weise, in der die Probleme des Dritten Reiches in der holländischen Presse behandelt werden, Dr. Westerman einer der wenigen ist, der Deutschland objektiv betrachtet kann.“ Nach dieser Erklärung folgt eine beinahe wörtliche Uebersetzung des sämtlichen Urteils des Dr. W. M. Westerman. Aber der Artikel hört gerade an der Stelle auf, wo die Kritik an der deutschen Politik (welche Kritik sich auf beinahe 5 Seiten erstreckt), beginnt.

Kein Wunder, daß sich erhebliche Teile des deutschen Volkes, das unabhängige Zeitungen kaum zu Gesicht bekommt, über die Steuergewinne des Auslandes zum Nationalsozialismus vielfach Täuschungen hingeben.

Die große Anwaltskammer. Die Rückkehr des früheren französischen Innenministers Eugène Frot in den Justizpalast, wo er als Anwalt zu plädieren hatte, hat bereits vor einigen Tagen zu erregten Kundgebungen von Rechtsparteieren — die Frot für die Opfer des blutigen 6. Februar 1934 verantwortlich machen — geführt, die nun in eine große Anwaltskammer ausarteten. Und die Anwälte kämpften unter den Klängen der Marseillaise, die beide feindliche Parteien angeht hätten, mit solcher Leidenschaft für und wider ihren unparteiischen Kollegen, daß die Polizei die Gegend trennen mußte.

### Die wirtschaftliche Krupp-Bilanz

#### Die Bilanzgewinne des Krupp-Konzerns

Mit besonderer Spannung sah man in diesem Jahre dem Abschluß der größten deutschen Rüstungs-Firma, der Krupp-W.G. in Essen entgegen. Denn die Gesch. Identifizierung dieses deutschen Rüstungs-Konzerns im Geschäftsjahre 1934/35, das ganz im Zeichen der deutschen Aufrüstung stand, mußte interessante Rückschlüsse auf Tempo und Maß der deutschen Aufrüstung lassen.

Angesichts der stierhohen Aufrüstung Deutschlands ist es also kein Wunder, daß der Abschluß der Gesellschaft für das am 30. September v. J. beendete Geschäftsjahr 1934/35 eine erhebliche Aufwertung des Geschäftsumfanges erkennen läßt. Die Erzeugung konnte auf allen Gebieten, namentlich in Hohenlohe, wesentlich gesteigert werden. Hier wurde mit 1,30 (1. v. J. 1,19) Mill. T. und 0,47 Mill. T. in 1934/35 die höchste Nachtgießleistung erreicht. Es wurden ferner produziert: an Hochspannung (1,30) und an Walzwerkfabrikaten 1,14 (0,94) Mill. T. In der Stahl- und Walzwerkzeugung sind mit diesen Werten

#### beinahe die Gesamtproduktion des Konjunkturljahres 1933/34 wieder erreicht.

Die in den letzten Jahren durchgeführten umfangreichen Betriebsverbesserungen und Neubauten kamen im abgelaufenen Jahr erstmals zu voller Wirkung. Insbesondere haben die erneuerten und verbesserten Teile des Bergbaus und der Eisenhütten zu den erhöhten Produktionen beigetragen.

#### Der Bruttogewinn beträgt 24,76 (l. J. 18,41) Mill. RM.

Der Reingewinn stellt sich auf 10,94 (8,66) Mill. RM. Er würde an sich die Ausschüttung einer Dividende zulassen. Die Verwaltung nimmt jedoch ausfalligerweise von einem Gewinnanschlüssen Abstand und beantragt den Reingewinn wie folgt zu verwenden: 5 Mill. RM. sollen der Rücklage für Betriebsveränderung, 2 Mill. RM. der Pensionskasse zugewiesen werden, ferner 3,5 Mill. RM. für Wohnungsbauten bereitgestellt und der kleine Rest vorgetragen werden. Ende September 1935 betrug die Zahl der Werksangehörigen 75 964 (81 078). Dazu kommen noch 15 668 (14 167) Personen bei den angeschlossenen Werken und Handelsfirmen.

Dieser hohe Rüstungsgewinn, den das Unternehmen, das früher schon in guten Jahren ein besonderes Talent dafür Gewinne nicht ersichtlich werden zu lassen hatte, ist außerordentlich beachtenswert. Bekanntlich ist an der Aufrüstung und um ihrer forcierten Fortsetzung willen, die Einführung von notwendigem Lebensbedarf wie Butter und Fleisch gestoppt, da als vordringlicher als die Befriedigung des Lebensbedarfs die Befriedigung des Rohstoffbedarfs für die Aufrüstung gilt.

Einen vollen Ueberblick über Rüstungsaufträge und Rüstungsgewinne liefert diese Bilanz aber noch nicht. Das wird erst die nächste tun. Denn da die Bilanz schon Ende September 1935 abgeschlossen wurde, kommen die Aufträge nur zum geringen Teil zur Geltung, denn erst nach diesem Zeitpunkt haben besonders die

#### Flottenaufträge in verstärktem Maße

eingesetzt. Wenn also auch die großen Konjunkturgewinne erst in der nächsten Bilanz enthalten sein werden, ist es doch eine Ueberraschung, daß Krupp in diesem Jahre keine Dividende auszuschüttet.

Man verheißt sich in deutschen Wirtschaftskreisen nicht das

#### zufällige Gewinn Krupps im Geschäftsjahr 1934/35 um ein Vielfaches über jenem Betrag liegt, den die Bilanz als Reingewinn angibt.

Auch in einzelnen anderen Punkten bleibt die der Öffentlichkeit zugängliche Bilanz unklar, namentlich was den Festen „Anzahlungen von Kunden“ betrifft, worunter die Vorbestellungen zu verstehen sind, die der Staat der Gesellschaft für seine Aufträge einräumt. Auch über die Materialvorräte erfährt man lediglich, daß hier „größere Veränderungen“ eingetreten sind. Die Kruppwerke wurden im Laufe des vergangenen Jahres erheblich ausgebaut. Für über 40 Millionen RM. sind neue Anlagen errichtet worden.

Bemerkenswert ist die Art der Gewinnverteilung, und der ausländische Sachverständige glauben, eine sehr kritische Beurteilung der deutschen Währungspolitik herausziehen zu können. Denn Krupp von den 10 Millionen diesjährigen Reingewinns (1934/35 ca. 6% Millionen) eine Dividende verteilen würde, dann müßte ein sehr erheblicher Beitrag des Gewinns nach dem Anleihegesetz der Reichsbank zugeführt und von dieser in öffentlichen Anleihen aufgelegt werden. Da die Geschäftsleitung von Krupp aufeinander

#### dieser Art von Kapitalanlage mit einigen Millionen gegenübersteht,

zieht sie es anscheinend vor, den ganzen Reingewinn für die „Stärkung des Unternehmens“ zu verwenden. Frochte der um ihre Dividende gebrachten Aktionäre hat sie dabei ja nicht zu befürchten, da die Krupp-W.G. ein ziemlich ansehnliches Familienunternehmen darstellt. Und die Geschäftsleitung teilt weiter schon jetzt vorzorglich mit, daß die Kräftigung des Unternehmens im außerordentlich notwendigen sei, daß sie wahrscheinlich im nächsten Jahre genau ebenso verfahren werde wie dieses Mal. Das heißt aber, daß die Firma Krupp auf ihre Weise die Fäden aus der Hand in die Sachwerte antritt.

Dieses Vorgehen von Krupp stellt aber abgesehen von Sonderfall dar. Denn in mehr oder weniger großem Maße haben schon seit vielen Monaten die übrigen Aktien-gesellschaften genau so. Das erklärt auch das Mädel, weshalb die Aktienrentabilität in Deutschland jetzt auch bei denjenigen Unternehmen zurückgeht, die Rüstungsaufträge gewinnen machen. Sie denken eben nicht daran, Verdienste in deutschen Anleihen anzulegen, sie müssen ja ohnehin schon genug an Arbeitswechsell und Reichsbankanleihen übernehmen, soweit sie ständige Kapitalien zur Verfügung haben. Die großen Gewinne aber werden vorher beiseite geschafft oder verabschiedet. Und zwar, wie man aus Deutschland hört, auf eine unaufrichtig schon heimlich anmutende Weise. Die Gesellschaften kaufen nämlich nicht nur Borräte an solchen Waren zusammen, die sie wirklich in der eigenen Fabrikation gebrauchen, sondern sie

#### hamstern alles, was einen Geldwert hat

und was sie hoffen, entweder einmal irgendwie verwenden oder später zu Geld machen zu können. Und so erklärt es sich denn auch, daß heute in Deutschland auch geringere Beträge zur Konsumtion von Staatsbonds nicht einmal allzu leicht aufzutreiben sind, wie das Beispiel der Reichsbankanleihe zeigt, bei der nur rund 300 Millionen von 500 Millionen Emission gezeichnet wurden. Die Allgewaltigen der deutschen Industrie, die Hitlers Aufrüstung zur Macht begründeten und die die Hauptstützen der deutschen Konjunktur sind, bleiben schon am dritten Geburtstag des Dritten Reiches einige Zweifel an der Dauer des „tausendjährigen Dritten Reiches“ zu haben.

